

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

209 (9.9.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Posthalter monatlich 1.60 M, vierteljährlich 4.50 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M, vierteljährlich 5.10 M; durch die Post 1.74 M bezw. 5.22 M, vorauszahlbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigen od. deren Raum 25 A, zuzügl. 30 % Text- und Bildzuzug. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 norm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Die Brot-Versorgung in Gefahr.

Um die Reichswehr.

Die Entwicklung, welche die Reichswehr in den letzten Monaten genommen hat, hat in wachsenden Kreisen der Partei und der Bevölkerung das Gefühl entstehen lassen: So geht es nicht weiter. Gewiß haben die hinter uns liegenden Zeitschritte alle, die überhaupt aus den Ereignissen lernen wollen, gründlich von dem Wahn geheilt, man brauche nur eine Anzahl Arbeiter oder Leute von der Straße mit Waffen zu versehen, um eine brauchbare Truppenmacht zu erhalten. Die grauentollen Bilder, die der Münchener Geismordprozess von dem Treiben der bewaffneten Horde in der Luitpold-Kaserne erfüllt hat, weisen wahrlich genug auf die Tatsache hin, daß es immer die rohesten und unzuverlässigsten Elemente sind, die zunächst nach den hingehaltenen Gewehren greifen. Auch wo derartige Truppenkörper zunächst aus anständigeren und ruhigeren Elementen der Arbeiterwelt bestanden haben, war fast immer mit der Zeit ein Verfall zu beobachten, wenn die Disziplin fehlte und die Vorgesetzten keine Autorität besaßen.

Ohne Disziplin und ohne Befehlsgewalt der Vorgesetzten kann eine bewaffnete Truppe auf die Dauer nicht bestehen. Dies erkennt und danach bei der Einrichtung der Reichswehr geschreut zu haben, ist für die Regierung kein Vorwurf. Aber jeder ist das Reichswehrministerium in dem Bestreben, ein Herabfallen der Reichswehr zum unbeherrschten Gewalttätigen zu verhindern, in ein gegenteiliges Extrem verfallen. Der richtige Satz, daß es ohne Offiziere nicht geht, hat sich bei ihm in die falsche Annahme verandelt, daß es ohne die Offiziere des alten Systems nicht ginge.

Der Krieg hat bei uns die Zahl der Offiziere auf mehrere Hunderttausend onwachsen lassen. Von diesen ist der größte Teil Reserveoffiziere, deren Mehrzahl aber durch den Frontdienst hinlänglich gekühd ist, um dem aktiven Offizierskorps an sachlichem Können ebenbürtig zu sein. Selbst wenn man annimmt, daß die meisten Reserveoffiziere nach dem Kriege wieder in einen bürgerlichen Beruf zurückstrebten, so war doch noch eine Keuzahl vorhanden, die gerne weitergedient hätten, teils aus Lust zur Sache, teils weil ihnen die Rückkehr ins bürgerliche Leben durch die Veränderung der wirtschaftlichen Lage aufs Außerste erschwert war.

Wenn auch unter den Reserveoffizieren viele geneigt waren, es dem aktiven Offizierskorps in Kampfsgeist und Denkwürdigkeit gleich zu tun, so gibt es doch gubereits zahlreiche Elemente unter ihnen, die in ganz andern Anschauungen und Lebenskreisen aufgewachsen, dem Umkreisung vom 9. November und der republikanischen Staatsauffassung keineswegs unjympathisch gegenüberstanden. Aufgabe der Staatskunst wäre es gewesen, diese Elemente nach Wirklichkeit zu sammeln und aus ihnen sowie aus jenen Teil des aktiven Offizierskorps, deren eingewirkte Ansichten durch die Kriegserfahrungen ins Wanken geraten waren, den Stamm des neuen Offizierskorps für die Reichswehr zu bilden. Da die Zahl der künftig benötigten Offiziere gegenüber der vorhandenen Masse nur sehr klein ist, so wäre eine solche Auswahl wohl zu treffen gewesen.

Leider sind hier schwere Verdrümnisse begangen worden. Allerdings haben die von Unabhängigen und Sozialisten fortwährend imgenierten Rufe keine Zeit zu ruhigem Nachdenken gelassen. Die Regierung mußte nehmen, was sich ihr anbot. Dadurch füllten sich die Offiziersstellen mit reaktionären Elementen, die ganz in den Anschauungen des alten Systems befangen waren. Und mittels des alten Systems wirkte, zog einer den andern nach sich, während gerade die Elemente, die man hätte heranziehen sollen, an die Wand gedrückt wurden.

Diese Entwicklung ist die Ursache der fortwährenden Meinungen und Benennungen, die von der Führerschaft der Reichswehr ausgehen. Der reaktionäre Offiziersgeist hält sich dort bereits wieder zu Hause und treibt ungeniert sein Wesen. Aus der monarchischen Gefinnung und der Abneigung gegen die Republik wird kaum noch ein Geßl gemacht. Die zahllosen Einzelfälle, die Tag für Tag gemeldet werden, sind nur die jeweils sichtbaren Glieder einer langen Kette.

Es ist klar, daß diese Erscheinung verbitternd wirken muß. Aber dennoch darf sie nicht dazu führen, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die Abkürzung der Reichswehr in ihrer heutigen Form überhaupt zu verlangen. Denn treiben wir wieder jenen unbeherrschten Wehren zu, die im entscheidenden Moment veragen.

Die gründliche Umbildung des Offizierskorps muß vorgenommen werden in der gleichen Weise, wie der Verwaltungsapparat in Preußen erfolgreich umgebaut wird. Dazu gehört allerdings fester Wille und die Befehung der leitenden Stellen mit Männern, die die richtige Auswahl treffen. Eine Pressekonferenz hat jüngst die Abberufung Noskes gefordert, weil er diese Umbildung nicht durchzuführen vermöge. Der Reichler legt aber nicht an der Verion Noskes,

dessen außerordentliche Energie kaum von irgendeinem Nachfolger wieder erreicht werden wird, sondern in der viel zu isolierten Stellung, die Noske im Reichswehrministerium einnimmt. Nicht ein anderer Reichswehrminister tut uns not, sondern eine Verpfändung des sozialdemokratischen Einflusses im Reichswehrministerium und im Kriegsministerium um das Mißfache. Hier liegt der springende Punkt, hier muß mit aller Energie donauf hingewirkt werden, daß Noske Mitarbeiter und Berater in genügender Anzahl erhält, die nicht gegen den Geist der Republik, sondern für ihn wirken.

Drohende Gefahr für unsere Brotversorgung.

Der Brotversorgung der städtischen Bevölkerung droht eine schwere Gefahr — trotz guter Ernte. Die ganz unverständliche Forderung des Hofers ist geeignet, die Brotversorgung zu ruinieren. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß der ungeheure Erliche Hoferspreis für die Landwirte einen Anreiz bietet, nicht bloß den Hofers vor dem Brotgetreide auszubereiten, sondern auch den Hofers zu verkaufen und an seiner Stelle das Preisgetreide, vor allem den Roggen, an das Vieh zu verfüttern. Der Einlauf des Brotgetreides bei der Reichsgetreidestelle ist geradezu jammervoll, so jammervoll, daß der Reichsernährungsminister eine Druschprämie von 150 Mark versprochen mußte, um überhaupt die Volksernährung nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Aber man darf nicht glauben, daß damit die Brotversorgung bereits gesichert sei. Der Appetit kommt auch in diesem Falle mit dem Essen. Die Landwirte fordern bereits, daß die Druschprämie viel zu niedrig ist. Sie müßte verdoppelt und auf die Zeit bis Februar erstreckt werden. Das würde bedeuten, daß den Landwirten nicht eine Reichsprämie von 200 Millionen, sondern von mehr als einer Milliarde gewährt wird, nur damit sie ihre gesetzliche Pflicht gegenüber der Allgemeinheit erfüllen. Weiter wird gefordert, daß die Brotproduktion der Versorgungsberechtigten von 260 auf 200 Gramm herabgesetzt wird. Die Bevölkerung soll also künftig höchstens noch das Mindestmaß von Brot wie in der schwersten Kriegszeit erhalten. Die Tendenz der agrarischen Ansprüche ist klar; man will darauf hinarbeiten den Getreidepreis dem Weltmarktpreis, der ja dank der schlechten Wälua sehr viel höher ist, anzupassen. Und solange dieses Ziel nicht erreicht ist, verüßt man, das Getreide zu verfüttern oder sonstige der Ablieferung zu entziehen.

In der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordneten werden sich Oberbürgermeister Wermuth energisch gegen diese tollen Forderungen. Er erklärte u. a.:

„Der Mangel an öffentlichen Bewirtschaftung ist in den letzten Monaten übermächtig werden zu wollen und hat in der Tat schon manches Opfer gefordert. Aber jetzt, wo er auf das Hauptbollwerk der Volksernährung, auf Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Butter sich richtet, jetzt sind doch weite Kreise bedenklich geworden und erkennen die ungeheure Gefahr des ganzen verhängnisvollen Vorgehens. Kürzlich haben bei einer Beratung großen Stills im Reichsernährungsministerium alle Vorkämpfer es geradezu als eine Verhöhnung am deutschen Volke bezeichnet, wenn man ihm den letzten Heßl in der wirtschaftlichen Wirnis nehmen wollte, und sich für unbedingtes Festhalten am bisherigen System bis zur Verbesserung der Lage ausgesprochen; besonders auch sämtliche Vertreter der geübteren aufprenpfährlichen Freistaaten, wie Bayern, Sachsen, Württemberg.“

Wenn Getreide bei der schweren Forderung, den Hofers freizugeben, den meisten die Augen geöffnet. Der Preis für Hofers ist seit Wiedereinführung des freien Handels von 450 auf 1000 bis 1100 Mark, zeitweise sogar bis auf 1600 Mark gestiegen. Was ist die Folge? Der Landwirt fand es am vorzuziehenderen, seinen Hofers, auch gestreckt mit Roggen, zu verkaufen, den Roggen aber, der zur Volksernährung dienen soll, zu verfüttern.

Das Angebot von Getreide reicht auch jetzt nur ganz knapp aus, um jedem seine feste Ration zu gewähren; lassen Sie den freien Handel damit schalten, so werden viele mehr bekommen als den ihnen gebührenden Anteil, noch viel mehrere aber weniger oder gar nichts. Ein Drängen und Stoßen, Straßenschlägen, Sturm und Demosieren der Läden werden entstehen, wie wir sie in der schlimmsten Zeit des Krieges nicht erlebt haben. Glauben Sie wirklich, unserem schwer belasteten Volk auch das noch zumuten zu können? Glauben Sie, daß die Masse der Verbraucher den Winter ertragen wird, der ihm Licht, Wärme und Nahrung zum großen Teil entzieht, und der ihm zudem noch ein fortwährendes Knistern in bitterer Kälte einen Preis von 6 bis 8 Mark für das Brot brächte? Nehi sind wir in der Zeit der Not, die nur das eine Gebot kennt: dem Hunger und dem Elend zu steuern.“

Die Regierung ladet eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn sie nicht rücksichtslos zugreift. Wir haben jetzt genug vom Schutze der Agrarier. Auf dem badischen Parteitag wurde erklärt, daß die Landwirte bereits auch für unannehmer Preise Getreide an das schleichhändlerische Lumpengeßindel zu Zwecken der Braunweineinnahme verkaufen. Die Landwirte treiben ein gefährliches Spiel durch solche Forderungen. Wir fordern von der Reichsregierung schleunigst ein Einschreiten.

Die Kriegskosten.

Welch ungeheure Finanzkraft der Weltkrieg verschlungen hat, das versucht der französische Finanzminister Klotz in der Kammer Sitzung vom 6. September gelegentlich der Ratifizierungsdebatte dem französischen Volke vorzurechnen. Der Minister erklärt: Die Gesamtkriegskosten aller am Kriege beteiligten Länder erreichte die Summe von ein Tausend Milliarden. Auf Frankreich entfielen davon 145 Milliarden. In diesen Ziffern sind weder die Militärpensionen noch die Wiedergutmachungen inbegriffen, die der Friedensvertrag festsetzt. Auf 670 Milliarden beliefen sich also die Kriegskosten der Gegner Deutschlands. Wenn man dieses zugrunde lege, dann betrage für eine Periode von 50 Jahren bei einer fünfprozentigen Verzinsung die Summe, die Deutschland zu zahlen hätte, 1900 1/2 Milliarden. Berechne man die Summe unter den gleichen Umständen auf eine Periode von 100 Jahren, so komme man zu einem Ergebnis von 3550 Milliarden. Rechne man die Zinsabzinsungen und die zu zahlenden Pensionen hinzu, dann ergebe sich eine Summe von rund 4500 Milliarden. Das seien natürlich und bezahlbare Summen, und deshalb habe die französische Regierung vor allem Wert darauf gelegt, die Wiedergutmachung des Schadens an Gütern und Menschen zu verlangen. Die Zahlen aber habe man nicht festsetzen können, denn man wisse ja nicht, in welcher wirtschaftlichen Lage sich Deutschland in einigen Jahren befinden werde.

Während zehn Jahren erhalte Frankreich jedes Jahr 7 Millionen Tonnen Kohlen, die Rückerstattung der Okkupationskosten das Recht, sich einen Teil der deutschen Interessen in Rußland ausprechen zu lassen, sowie hauptsächlich die Zahlung der Kriegsschulden nach der Wälua vor dem Kriege und endlich die Aufrechterhaltung aller Verträge, die für Frankreich von Nutzen sein könnten. Die Gesamtsumme, die zu Lasten Deutschlands gehen und zugunsten Frankreichs aufgerechnet wird, beläuft sich auf 375 Milliarden, die, wenn sie in 36 Jahren bezahlt würden, sich mit den Zinsen auf 463 Milliarden stellen würden.

Sächsishe Reaktionäre.

Das Organ der Konserbativen in Sachsen, „Das Vaterland“, leistet sich diese Provokation: „Seine Majestät (nämlich Friedrich August), hoffentlich in 111 barübergehend von der Leitung des Staates und jeder Entscheidung verdrängt... Die 10 000 völlig entschädigungslos und die 6000 mit ein- bis dreijähriger Abfindung entlassenen Offiziere sind einmal vielleicht der Kern jenes Heeres, das den Oberst, Schiebmann, Noske erheblich unangenehmer werden kann als die ruhige Stimme der nationalen Abgeordneten in Weimar.“

Die sächsischen Reaktionäre sind ja als Männer der Tat nicht zu fürchten. Wer sie kennt, weiß, daß ihre physische und moralische Festheit noch größer ist als ihre politische Ermüdlbarkeit. Wenn die preussischen Junker zur Tat schreiten, die sächsischen Konserbativen sicher nicht. Aber die provokatorische Aufpeuerung des genannten Blattes zeigt, daß wir eine wachsende Reaktion haben. Die Herrschaften verrechnen sich aber, wenn ihnen nicht Unabhängige und Kommunisten weiter Helferselberdienste leisten.

Die deutschen Sozialdemokraten in Böhmen.

Tepliz-Schönan, 2. Sept. Die größte Partei der Deutschen in der Tschechoslowakei, die über die Hälfte aller Wähler zu ihren Anhängern zählt, die deutsche Sozialdemokratie, stellte auf ihrem Parteitag die folgenden Forderungen auf, für die sie innerhalb des ihr aufgezogenen Staatenrahmens kämpfen wird:

1. Auflösung der Allianz mit dem Ententeimperialismus, keine Bündnisse, keine Militärkonvention, Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit allen Staaten, daher selbstverständlich auch zum Deutschen Reich und zu Österreich.

2. Abschaffung des Militarismus, seine Erziehung durch eine demokratische Miliz.

3. Abschaffung des bürokratischen Herrschaftssystems, Einteilung des Staatsgebietes in national abgegrenzte Bezirke, die sich durch frei gewählte Körperschaften selbst regieren. Jeder Kreis und Bezirk wählt seine Richter und Beamten und setzt seine Amts-, Gerichts-, und Schulsprache fest.

4. Aufhebung aller nationalen Fremdherrschaft, alle Kreise und Bezirke gleicher Nationalität sowie die Minderheiten dieser Nationalität (Punkt 3) werden zu einem nationalen Gesamtkörper zusammengefaßt, der sich durch einen vom ganzen Volke gewählter Nationalrat, die von ihm zu wählende Nationalregierung, selbst regiert.

Der Reichsterritor Joseph Seliger legte eine Entschlieung vor, die als Verfassungsvorbild für die Tschechoslowakei die schweizerische Bundes- und Kantonsverfassung vorschlägt. Sie wurde einstimmig angenommen. Die Rede Seligers fand fürnischen Beifall.

Ein tolles Wahlbündnis.

Berlin, 9. Sept. (Privattelegr.) Aus Eberfeld wird der „Voll. Bzt.“ gemeldet: Für die bevorstehenden Provinziallandtagswahlen im Kreise Gattlingen sind die Sozialdemokraten ein Wahlbündnis mit der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei eingegangen, das den Ausschluß des Zentrums zum Ziel hat. Nach dem Wahlbündnis erhalten die Sozialdemokraten zwei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen je einen Vertreter im Landtag.

Badischer Parteitag.

Karlsruhe, den 7. September.

2. Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Vorj. Forter eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Die Aussprache.

Marxhoff-Freiburg spricht über die von ihm eingebrachten Anträge. Die Lederpreise sind nach Aufhebung der Zwangsbeiwirtschaftung stark gestiegen. Hochste Preise liegen von 2,50 M das Pfund auf 16 M, sodaß demnächst ein Paar Stiefel 200 M kosten können. Solange Knappheit dieser Produkte herrscht, müssen wir Zwangsbeiwirtschaftung beibehalten. Es hat Befremden erregt, daß man in Baden für Obst weder Höchst- noch Mindestpreise festgesetzt hat. Trotz des Obfliegens sind dieses Jahr die Preise doppelt hoch. Die Folge sind weitere Lohnforderungen. Wir stimmen dem Karlsruher Antrag in der Sache der Versicherungskassen zu. Der Vorstand möge sich vergewissern, wer im Lande an geeigneten Persönlichkeiten zur Besetzung von Ämtern vorhanden ist. Ein Beauftragter solle kontrollieren, ob der Verfügung des Ministeriums des Innern auf Entfernung der Herrscherbilder aus den Amtsstuben entsprochen sei. Der Antrag auf Abschaffung der Pensionen sollte besser durchgearbeitet werden, als ihn Gen. Marum behandelt hat.

Dorner-Mannheim: Wir wollen unsere eigene Arbeit nicht verkleinern. In den Fabriken, wo die Arbeiter es verstanden, sich zu organisieren, haben sie auch etwas erreicht. Vor dem Krieg hätte man nicht geglaubt, daß die Hausbesitzer so angefaßt würden, wie es jetzt geschieht. Die Hauptenttäuschung der Parteigenossen war die Ordnung des Verhältnisses von Kirche und Schule und Kirche und Staat. Wir waren in Weimar zu nachgiebig. Das Zentrum hat es verstanden, seine Prinzipien zu wahren. Unsere Sorge muß jetzt sein, daß die Verwässerung nicht noch weiter geht. Der Staat wird zum Demagogen bei der Kirche, indem er mitteilt, daß dieser oder jener Lehrer keinen Religionsunterricht erteilen will. Es ist oft ein Stück Herzensache, Mühsal auf die nicht mehr zu überzeugenden Eltern zu nehmen. Die Gehaltshaltung der religiösen Überzeugung ist so berechtigt wie die der politischen Überzeugung. Die Einigung des Proletariats muß kommen. U.S.P. und S.P. sind einzig im Augenblick, wo die Koalition das Gottesgnadentum aufzurichten versuchen würde.

Gellert-Mähringen: Die Vereitigung der Parteienbilder aus den Amtsstuben ist für die Achtung der Parteien, die sie dem neuen Staat entgegenbringen, wichtig. Unsere Parteigenossen dürfen nicht mit den Unabhängigen hebeln. Die Aufhebung der Zwangsbeiwirtschaftung führt zur Verteuerung. Die Aufhebung der Zwangsbeiwirtschaftung werden erst von Erfolg sein, wenn die Jugend für die Sportvereine gewonnen ist. In der Stellungnahme zur Religion soll man nicht auf die Pfaffen schimpfen, sondern die Forderung des Erzurter Programms gelten lassen.

Kraft-Mannheim: Der Wismut gegen das Schiebertwesen hat gefährliche Formen angenommen. In der Sozialisierung müßte mit Ernst und Energie gearbeitet werden. Mit der Sozialisierung der Großbanken als Befruchter der Großindustrien sollte man beginnen. Auch die Bundesstaaten können mehr Druck auf die Reichsregierung ausüben. Der Widerstand der Bürgerlichen wäre zu brechen durch den Appell an die Massen. Manche Erregungsschöpfung der Revolution wäre so zu retten gewesen. Es ist höchste Zeit, daß der neue Geist des 9. November in die deutsche Arbeiterrepublik vertritt. Nicht zu große Hoffnungen dürfen wir uns auf den Völkerverbund in heutiger Gestalt machen. Der Völkerverbund hat uns gezeigt, daß die politische Frontarbeit der deutschen Sozialdemokratie nicht dauernd verloren ist.

Kraft-Forsberg: Das Wort Sozialismus wird von den Massen nicht verstanden. Jede Verstaatlichung ist noch nicht Sozialismus. Aufklärung tut da not. Nur organische Entwicklung kann den Sozialismus bringen. Trennung von Kirche und Staat hätte durchgeführt werden müssen. Der Antrag 28 (Forsberg) über die Verschmelzung Baden-Württemberg ist sehr wichtig. Der Hauptwiderstand geht von Karlsruhe aus. In der Personenfrage der Beamten sollte man sich doch mehr Mühe geben; es müssen nicht immer Anhänger der Partei sein, wenn sie nur freibüheligen Geistes sind. Das Betriebsrätegesetz muß besser ausgestaltet werden.

Meier-Frankfurt: Gen. Maier-Heidelberg hat viel von den Fehlern der Vergangenheit geredet. Wir erwarteten Ausblicke und Vorschläge. Wir haben nicht gesehen, daß die Fraktion gegen die Freigabe des Webers mit allen Mitteln gekämpft hat. Neuerdings ist in der Landwirtschaft das Webers- und Schiebertum noch härter geworden. Was ist die Regierung dagegen, wenn Weiber zu Schnaps verdammt wird? Man muß den Bauern sagen,

daß sie keine Ursache haben, gegen die Zwangsbeiwirtschaft zu sein; sie haben Nutzen gezogen aus ihr. Der Krieg hat neue riesenhafte Entschuldung der Landwirtschaft gebracht. Ihre Unersättlichkeit muß einmal offen ausgesprochen werden. Sie ist die Ursache der hohen Löhne. Die Arbeit an der Maschine ist eine andere als die in früherer Zeit. So bekommt die achtstündige Arbeitszeit ein anderes Gesicht.

Dr. Kraus-Karlsruhe: Der Vorstoß des Gen. Marum gegen die Genossen Kesslich und Bösch war berechtigt. Wenn sie nicht in einer Sitzung dabei waren, sollen sie draußen darüber schweigen. In der Frage des Religionsunterrichts müßten die Eltern mit ihren Kindern beginnen. Eine Anerkennung der deutschen Verfassung wird berechtigt, wenn man sie vergleicht mit den andern Verfassungen der Welt. Die Steuerpolitik des Reichstags ist ein trübes Kapitel. Die Stundung ist eine schwere Schädigung, die Umjahre geradezu verbrochenerisch, solange die Kapitalisten nicht ganz anders ausgebaut werden. In den Worten des Gen. Bösch ist zu sagen: Wie haben sich diese Genossen denn die kapitalistische Weltreise gedacht? Marx, Engels und Bebel haben mit der Arbeit nach dem verlorenen Krieg gerechnet. Damit komme ich zur Einigungsfrage. Es hat sich gezeigt, daß wir in 40 Jahren nichts darüber gesagt haben, wie die Produktions- und Wirtschaftspolitik aussehen soll. Die Unabhängigen kämpfen mit den Massen, die wir ihnen in 40 Jahren Agitation in die Hand gaben. In Berlin hat ein Einigungslongrefe Frische gezeitigt. Die von dort gegebenen Richtlinien lehnen die Diktatur ab, aber legen Wert auf das wirtschaftliche Maßsystem. Diese Einigungsbestrebungen gewinnen immer mehr Anhänger in beiden Parteien. (Leb. Beif.)

Es antwortet auf angeregte Fragen mit Genehmigung des Parteitag-Regierungsvertreter.

Minister Memmel: Die 10 Minuten Redezeit hatte ich ein, aber wenn Anfragen nicht beantwortet werden, so trifft mich nicht die Schuld. Der badische Aktionsausschuß zur Einigung konnte nicht zum Erfolg führen, weil die Einigungen selbst nicht konsequent blieben. Die Ernüchterung in den letzten sechs Wochen geht durchs ganze Land. Ich möchte auf die Worte des Gen. Maier zu den Arbeiterräten antworten: Wir haben beschlossen, die Tätigkeit der politischen A.A. abzuschießen nach Maß der Bezirks- und Gemeinderäte. Ihre eigentlichen politischen Aufgaben sind erledigt. Aber auch wenn es unsere eigenen Agitationsstellen wären, können wir in der Regierung die A.A. nicht mehr bezahlen. Wenn sie nicht selbst zu ihren Beschäftigten gehen, muß ein anderer den Mut haben, ihre eigenen früheren Beschäfte durchzuführen. Der Antrag Reichsbeamten verlangt Stellungnahme zu den Einwohnervereinen. Wir haben solche erst eingeführt, als wir mit Handgarnen und Maschinenwebereien von einer winzigen Minderheit verdrängt werden sollten. Wir wären feige, wenn wir wie die Regierung des 9. November uns wegsagen ließen. Gen. Meier hat auf den Volksgeist in der Bauernschaft aufmerksam gemacht. Er ist gefährlicher als die Reaktion in gewissen Truppenteilen. Der Mangel an Glauben an die Autorität des Staates bringt Elend über uns. Jeder schilt über Schleichhandel, während er sein fleisch ohne Fleischmarken ißt. Wir haben keine Soldaten in Marisch gesetzt, solange wir nicht gezwungen waren, Ordnung im Lande zu schaffen. Da wir in der neutralen Zone keine Soldaten haben durften, mußten wir Einwohnervereine gründen, aus denen sich selber die Arbeiterwehrschaft formt, weil die andern dabei sind, während sie besser mitarbeiten würde.

Auch der Arbeiterverband und der Hotelangestelltenverband waren für Aufhebung der Zwangsbeiwirtschaft, nicht nur Fabrikanten. Wir können nicht bei allen Überzeugungen einen Gendarmen stellen, deshalb glaubt der Reichsfinanzminister, die nicht hauptberuflichen Volkswirtschaftler frei geben zu sollen. Baden war der einzige Staat, der noch Zwangsbeiwirtschaft hatte. Wo ist die Idee, die den eigenen Bedarf scheidet bei der Verkaufspreise? Wir haben die Aufsicht unterbrochen. Fragen Sie sich immer bei aller Kritik, wie weit Sie selber sich über die Grenzen heute den Wert nicht mehr wie vor dem Krieg. Diese Zwangsbeiwirtschaften hindern die Regierungsvorbereitungen haben heute den Wert nicht mehr wie vor dem Krieg. Diese Autorität sind wir bestrebt wieder herzustellen (Weisfall).

Miller-Heidelberg: Wenn Bechtel der Kommunisten haben selbst kein klares Bild des Wirtschaftsaufbaues. Nur gesunde Aufklärung kann die Verwirrung aufheben. Engster Zusammenhang zwischen Regierung, Parteiführern und Mitgliedschaft muß hergestellt werden. Die meisten Bürger wissen gar nicht, wie ein Staat funktioniert. Im kontrollierten Staate können wir nicht plötzlich erfüllen, was vorher veräußert wurde. Wir müssen verhindern, daß große Masse von der Verneinung zum Verständnis des Regierens zu bringen. Wir müssen dazu kommen, daß wir die Führerrollen im Staate aus unserer Partei nehmen. Dazu bedarf es der Erziehung in der Partei und Presse. (Weisfall).

Schäfer-Offenburg: Ich stelle fest, daß nicht der Volkswort-Einigen für Wählerhöhung war, sondern ein einzelnes Mitglied. Die Abfindung der Großherzogsfamilie entspricht nicht der Meinung der Arbeiterwehrschaft. Ich stelle fest, daß der Eisenbahnarbeiter der 3. Ranggruppe mit 2 Kindern 4400 M verdient. Es hat lange

genug gedauert, bis sein heutiger Lohn von 16 M erreicht war. Der Eisenbahner sollte nicht unnötig in Opposition getrieben werden. Auch der „Volkswort“ hat die Werksstättenarbeiter zur Arbeit ermahnt. Es ist wahr, es die Vergleiche, jetzt sind es die Eisenbahner. Es steht fest, daß auf dem rechten Flügel der S.P. Reaktionen stehen, auf dem linken Flügel der Unabhängigen Quertreiber und Querulanten. Die Einigung ist jedoch nötig.

Naal-Freiburg: Die Frau muß steigenden Einfluss bekommen. Vor allem müssen unsere Frauen sich in der sozialen Fürsorge betätigen. Durch die verlangte höhere Schulbildung werden unsere Anhängerinnen jedoch vielfach davon ausgeschlossen. Dabei bringen unsere Frauen bessere Vorkenntnisse mit. Es ist eine soziale Aufgabe zur Ausbildung der Frauen hierfür einzurichten. Zur sozialen Betätigung ist keine Fachbildung nötig. Wenn wir einer Katastrophe entgegen. (Weisfall).

Sammerthaus-Freiburg: Wir haben die revolutionäre Tradition der Arbeiterwehrschaft fortzuführen. Genosse Maier-Heidelberg sprach nichts davon, was die Arbeiterwehrschaft leisteten, während sich die Parteileitungen noch im Dunkel hielten. Es ist noch mit keinem Worte davon gesprochen worden, was im kommenden Winter geschehen soll. Neue Richtlinien sind bis jetzt nicht gegeben worden. Von den zu bildenden Bildungsausschüssen wurde nichts geredet. Es muß ein einheitlicher Plan, mit einheitlicher Stärkeverteilung über das Land aufgestellt werden. Es ist richtig, daß alles sich auflöst in eine Personenfrage. Je nach der Zusammenfassung des kommenden Landesverbandes wird die kommende Arbeit sein. Finden wir nicht die richtigen Männer hierfür, so gehen wir einer Katastrophe entgegen. (Weisfall).

Minister Rüdert: Ich bestreite, daß wir das Vertrauen der Massen verloren haben. Gätten wir das morgen, so hätten wir die am nächsten gleiche Stimmung. Am 9. November hatten alle ihre Pflicht erfüllt. Ich anerkenne die Leistungen des Genossen Kraus, mit Neben wie der eben geschehenen kommt man jedoch nicht zum Ziel. Sind wir es in der Offenheit gegen die Unabhängigen stehen? Davon wir dem unsere Wirtschaft nicht sozialistisch auf? Haben wir nicht eine Vorlage, nach der die Eisenwerke verstaatlicht werden sollen? Sind das nicht Vorboten der sozialistischen Wirtschaft? Die Regierung ist in der Wohnungsfrage, was sie konnte. Wir haben die Wohnungen rationiert; kommen wir damit nicht durch, so werden wir die Wohnräume weiter beschränken. In Mannheim klappt die Sache, weil dort in der Wohnungsfrage durchgegriffen wird. In Landstreu wird jedoch nicht durchgegriffen; die angeordnete Erbschaft ist still für den Palast. Den Vorstoß bezüglich dem Projekte des Herrn Kampffmeier bitte ich dem Landesverbande zu überweisen. Die Idee Kampffmeiers ist richtig; zunächst sind jedoch vor allem neue Wohnungen nötig. Momentan können wir jedoch nicht mehr bauen, weil uns Baustoffe fehlen. Wahrscheinlich muß auch das Reich Träger dieser großen Probleme sein. In den nächsten Tagen werden die ersten Arbeitervereine in das Landesversicherungsamt und in das Gewerbeaufsichtsamt eintreten; Maulsch-Heidelberg und Kug-Freiburg. Lassen Sie uns prüfen, wie werden die geeigneten Elemente ausgewählt. Auch die Arbeiter sollten mandamental ein besseres Verhalten an den Tag legen. Was wir waren, werden wir auch als Minister bleiben. Die Leute, die die sozialdemokratischen Minister Steine werfen, meinen damit die ganze Partei. (Weisfall).

Winter-Offenburg: Man sollte das Gute an den Arbeiterräten in die Zukunft hinein retten. Der Offenburger Arbeiterrat ist bis heute noch nicht gewöhnt; sondern Adolf Geß bestimmte keine Mitgliedschaft. In hiesiger Arbeiterräte wird von einzelnen Leuten gegen die Regierung gehetzt. Auch von Regierungsseite geschah leider manches, was besser unterblieben wäre. Erst in den letzten Wochen ging sie in härterer Weise gegen das Schiebertum vor. Die Geschäfte der Schieber sollten von Amtswegen geschlossen werden. Die Amtswörter versagen in der Wohnungsfrage. Wenn die Beamten ihre Pflicht nicht erfüllen wollen, sollen sie aus dem Staatsdienst ausscheiden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Nisch-Vorach verteidigt sich gegen die Angriffe; insbesondere dagegen, daß er an den Arbeiten des Landtags nicht teilnahm.

Reich-Karlsruhe bedauert, daß er durch den Schluß der Debatte an seiner Verteidigung gescheitert sei.

Reichlich-Vorach stellt auf einen Angriff Marums fest, daß er durch andere Arbeiten verhindert war, alle Sitzungen des Landtags zu besuchen.

Wels vom Parteivorstand Berlin stellt gegenüber dem Gen. Dr. Kraus fest, daß selbst Bebel nicht voraussetzt, daß wir einen solchen Weltkrieg, mit solchen Ausdehnungen, bekommen würden. Ich empfinde den Schmerz über die Beherrschung der Arbeiterbewegung. Einigung sei möglich auf Grund des Sozialismus und der Demokratie. Sperrung der Beiträge führe zu weiterer Spaltung.

In seinem Schlußwort kommt Stof-Heidelberg auf einige Einwürfe in der Diskussion zurück. Die Sozialisierung der Banken sei nicht so leicht, wie es Gen. Kraft-Mannheim sich vorstellte.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

67 Nachdruck verboten.

Es klopfte. Der Diener überreichte die Post, die der Wirtswagen aus Miaszko mitgebracht hatte: Zeitungen, allerlei landwirtschaftliche Offerten und zwei Briefe. Einer mit gerichtlichem Stempel, der andre in einem dünnen Kuvert von bläulich-weißem, geringem Papier, wie es die Landleute für wenige Pfennige beim Dorftränker kaufen.

Na, dieser zweite war jedenfalls ein Beteiligter! Erhi den andern! Dolechal eih das Siegel ab und warf dann das gerichtliche Schreiben hastig auf seinen Tisch: das letzte noch, mußte das auch heute gerade noch kommen?

Eine gerichtliche Vorladung war's in Sachen der Anna Sierafomska, Witwe des Dorfmusikanten Waclaw Sierafomski, wohnhaft zu Boczowa-Dorf. Sie klopfte auf eine lebenslängliche Rente, da sie durch die ihr am 20. November vergangenen Jahres zugefügte Körperverletzung zu andauernder Betreibung ihres Gewerbes außerstande gesetzt sei, laut Gutachten des Doktor Zygmunt Wolinski zu Miaszko.

War's möglich? Jetzt kam die Ciofka mit einer Klage? Dolechal jachte sich an die Stirn. Da begegnete kein Blick dem Blick Helenens, und er lächelte. „Warum siehst du mich so bejorgt an, mein Herz?“

Sie antwortete nicht. Er griff nach dem zweiten Brief, aber er öffnete ihn jetzt nicht. „Der hat Zeit“ sagte er nachlässig und steckte ihn ein. Aber kann heute keine Frau für Augenblicke das Zimmer verlassen, so rief er in nervöser Hast aus der Koppentische — ja — da — natürlich wieder etwas! Wieder las er, mit heißen Augen, die Blätter aufeinander gestekt, was er heute morgen schon einmal gelesen hatte am Tor der Katarzinka. fast denselben Inhalt hatte dieser Brief wie das Plakat: Schimpfworte, wahnwitzige Beschuldigungen einer getretenen verachteten Kreatur.

Vierzehn Tage waren verstrichen seit dem Empfang des Drohbrieves, aber es war Dolechal, als hätte er ihn gestern erhalten.

In der Kreisstadt zankten sich sein Anwalt und der Rechtsbeistand der Witwe Sierafomska herum; ihm war es augenblicklich ganz gleichgültig, ob er verurteilt werden würde, arm würde es ihn ja noch nicht machen, der Ciofka eine Rente zu zahlen. Nur trotz das an ihm, daß er nicht wußte, woher er auch diesen Schlag erhalten hatte. Im Kopf des halbverrückten Weibes war dieser Anschlag sicherlich nicht abgesehen, jemand hatte ihn ihr eingegeben — aber wer, wer? Seine Gedanken irrten umher, suchten und fanden nicht. Und das regte ihn selbst an.

Wenn er jetzt einmal über seine Fesler ging, allein, wie er es oftmals seit Jorden getan hatte, fühlte er sich doch nicht mehr allein und nicht frei auf seiner Tür — der Nachhall eines Trittes auf der Schelle erdrückte ihn. Von umlauerte etwas, was er nicht mit Augen sah, nicht mit Händen greifen konnte, und was doch da war. Wer mochte das Plakat und den Drohbrief verfaßt haben? Stand die Klage der Ciofka mit ihnen in Zusammenhang? Die Ciofka war der einzige Mensch, dem er Unrecht getan, freilich wider Willen — aber geschrieben hatte sie's doch nicht, sie konnte ja gar nicht schreiben. Diktirt vielleicht — wenn? Wen denn nun? Dieses immerwährende Denken darüber machte ihn ganz wirr. Alle Menschen, die er kannte, ließ er an sich vorbeiziehen, vom untersten Knecht an bis zum vornehmsten Besitzer, vom Nachbar links — dem Polen aus Gwaliboregze — bis zum Nachbarn rechts, Herrn Reiner auf Pryporowo. Mit einem gewissen Argwohn klammerte sich sein Geist an Goczynski: der war viel zu geschmeichelt, um immer aufrichtig zu sein! Aber, nein — mit Unwillen gegen sich selbst wies er diesen Gedanken weit von sich — Goczynski war ein Edelmann, und ob deutscher oder polnischer, Adel bleibt Adel. Und dann — er schlug sich vor die Stirn — wie konnte er das vergessen, daß: „Durch dich bin ich elender geworden wie ein kriechender Wurm!“ Das stimmte ja gar nicht zu Goczynski. Es war doch die Ciofka — nein, nein, sie war's doch nicht! Aber wer — wer? In totem Wirbel drehten sich die Gesichter um ihn: Bürger und Bauersleute, Städter und Dörfler, Köpfer und Anpfecker — auch nicht einer war unter ihnen, bei dem er hätte rufen können: der ist's!

Er hatte unruhige Träume. Und wie er sich auch gegen

die Niederge schlagenheit fräunte, die ihn gleich beim Erwachen überkam, sie bestiel ihn doch.

An den Weiden um den See im Niemcewicz Park zeigten sich die ersten Nischen, die man weihen läßt am Sonntag; auch die erste Lerche ließ sich hören am Feldrain, und grüner schien die Winterlaub zu grünen. Ein Stern war im Westen, ein Aufsteigen aus Winterdübel, aber der Deutsche Herr schritt mit geknickter Stirn über seinen Acker, und seine Füsse wurden kalt und noch von den getauten Schneeflecken, in die er achlos trat.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 18 des ersten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Schule oder Lernfreiheit? — Ueber das ehrene Lohngesetz. Von Konrad Schmidt. II. — Der verfehlte Charakter. Von Sobotnik Czech. — Wanderungen in Südtirol. (Mit Abbildungen.) Von L. L. — Woher stammen die Wörter Streit, Vorkost, Sozialismus, Proletariat? — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. Von A. A. — Fremdwörter. — Beilage: Der Freiblas. Von Fritz Müller. — Das Wandern der Sterne. Von Bruno S. Birgel. — Mensch und Maschine. Von S. Hillig. (Schluß.) — „Moderne Barbaren“. Gedicht von Karl Wendel. — Bücher für die Jugend.

Bräudenbauer von Ludwig Fink. (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, gebunden 1.85 M.) Ein ganz hübsch ausgestattetes Bändchen für gebildete Leute, die gern Klagen hören über die Lage unserer Nation und sich ebenso gern trösten lassen, daß es wieder mal besser werden wird. Auch für Humor ist gesorgt. Oder berührt es nicht komisch, wenn der Verfasser das Wästelchen dem Gewissen der Wöfler (wir fangen abfichtlich hinten an) Schicksal, Liberia, Ceasar, Guatemala, Haiti, Honduras um zur Verbesserung empfiehlt? Oder wenn er salbungsvoll schreibt: „Wären wir (nämlich die Wöfler) Bräuden zu einander?“ Das ist doch so sentimental. In wenn eindrucksvoller, leicht zerfallender Prosa legt der Verfasser schätzenswerte Betrachtungen vor. Alles tief „national“ gefärbt. Der Gewinn, den man aus solchen Wandern gleicht, ist recht dürftig und deshalb können wir uns auch nicht dazu verstehen, das Bändchen unsern Lesern zu empfehlen. kr

Klassen der Mädchen Schulen der Verpflegung auszubauen...

Grüner Mannheimer macht darauf aufmerksam, daß die rela-

In einem kurzen Schlußwort fordert die Referentin Klase-

Die Anträge betr. rednerischer Ausbildung von Genossinnen,

Es folgt der 2. Punkt der Tagesordnung:

Frauenarbeit und Frauenkinder.

Bisher-Arbeitsfrage gibt einigerm in ihrem glänzenden Referat

ein geschickliches Bild der Entwicklung der Frauenarbeit, die all-

Die industrielle Entwicklung verwandelte dann Deutschland zu-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Die Frauenarbeit zu — immer mehr wurde die Frauen-

Weltorganisation erhalten. Hier liegt die Zukunftsaufgabe

der Frau, die Verjüngung der Völker durchzuführen. Dem die

französische Mutter war und ist genau so Kriegsgegner als die

deutsche Mutter. Nachdem die Frau das freie Wahlrecht hat, muß

sie es auch gebrauchen, es als Waffe in die Hand nehmen. Wenn

die Frau die entsprechende Erfahrung hat, wird sie in der Politik

das gleiche leisten wie der Mann. Bei den Diskussionsabenden

der Frauen sollten keine zu schweren Werke vorgenommen werden.

Vor allem sollte das Fortschritt-Programm geleitet werden.

Aus dem heutigen Stand kann uns nur die Organisation der Ge-

meinschaft herausführen. Durch die Sozialisierung wird ge-

rade die Frau reiche Arbeit bekommen. Speziell im Wohnwesen

ist aus persönlichen Gründen die Arbeit der Frau dominiert.

Alle die hohen Güter der Persönlichkeitsbildung sind

heute größtenteils dem arbeitenden Volke verlohnen. Den Auf-

bau des Menschens zu beginnen, wird jetzt unsere Aufgabe. In

der Familie Persönlichkeitskultur zu schaffen, ist reinste Aufgabe

der Frau. (Beifall.)

Aussprache.

Ansicht-Darlauf befristet den Besuch von Versammlungen

jeglicher Art, da sie zur Information dienen. Vor allem ist der

Recht-Mannheim wünscht den Anstoß der Frauen an ihre

Verbandsorganisation.

Wolff-Jesse-Heidelberger geht auf das ungeheuerliche Kapital-

istische Ausbeutungssystem der Heimarbeit ein. Zuerst ist für

uns am wichtigsten die Wohnungsfrage, die speziell heute

in Heidelberg auf der Tagesordnung steht. Wir hatten bisher

nur eine überflüssige Jökifikation; keine Kultur. Kultur mitzu-

schaffen, wird nun Aufgabe der Frau in der Politik.

Wandel-Erlingen weist auf die frühere Bekämpfung der so-

zialdemokratischen Frauen hin. Sider ist, daß die Frauen der

feindlichen Länder so wenig vom Völkervertrag wissen wollten und

wollen wie wir.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Nach einigen vorzüglich vorgetragenem Vebem der Frauen-

chor's unter Leitung des Dirigenten Balde's wurde die Frauen-

konferenz mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Badische Politik.

Der Parteitag und die bürgerlichen Parteien.

Dieses Thema behandelte im geistigen Leitartikel der

amtl. „Karl. Ztg.“ Gen. Abg. Weismann. Er sagt

zu u. a.: „Vielleicht ist's nicht unbedeutend, wenn man das

bekannt Wort Bonapartes: Ohne Sozialdemokratie keine So-

zialreform! nach der deutschen Novemberrevolution von 1918

und nach den Vorgängen in anderen Bundesstaaten im Laufe

der letzten Monate dahin umändert: Ohne Sozialdemo-

kratie auch in Baden keine innerpolitische

Ordnung, keine zuverlässige Gewähr für die ruhige Wei-

terentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse

in unserem engeren Heimatlande. Es kommt heute gar nicht

darauf an, welche Stellung im einzelnen der badische Staats-

bürger zur Sozialdemokratie einnimmt, er muß mit der Tat-

sache rechnen, daß ihr Schicksal, ihre Entwicklung in den näch-

sten Monaten und Jahren auch das politische Schick-

sal des badischen Staates ist. Wenn wir in den

ersten Monaten nach der Revolution im wesentlichen vor-

größeren staatlichen Umwälzungen beharrt bleiben, wenn die

hagerischen und ungarischen Experimente bei uns in keiner

Form eine Neuaufgabe oder gar Wiederholung fanden, wenn

Baden gleichsam die politische Dose in der Wüste der Staats-

politischen Verwirrungen war, dann darf — wiederum in aller

Wissenschaftlichkeit — festgestellt werden, daß zu diesem erren-

lich Ergebnis in hohem Maße beigetragen hat die politische Mit-

arbeit der badischen Sozialdemokratie auf allen Gebieten des

staatlichen Lebens schon vor dem Weltkrieg und ihre Be-

harrung in dieser Tätigkeit auch während des Krieges.

Man würde sich täuschen, glaubte man in den Kreisen un-

serer zahlreichen Gegner, es sei der Sozialdemokratie bei ihrer

Karlsruher Tagung nur darum zu tun gewesen, sich als artige

politische Kinder aufzuspielen und möglichst für das politische

Agitationsbedürfnis unerer: „Freunde von rechts“ zu sorgen.

Ganz kategorisch plädierten einige Delegierte nach dieser Rich-

Das ganze Jahr nicht mehr stattfinden, und daß wir in der

krappsten Zeit im nächsten Herbst vollständig feststehen.

Was das bedeutet angeht, der Notwendigkeit, bedarf keines

Wortes. Der Zusammenbruch der Brotverforgung wäre nicht

nur das Ende jeglicher Zwangsverwaltung, sondern auch die

härteste Gefährdung des staatlichen Bestandes des Deutschen

Reichs. Ohne Brot und ohne Kohlen ist die Bewö-

hrung der Großstädte zu nichts zu gebrauchen und zu allem

fähig, und das mögen sich auch alle diejenigen selbst sein la-

sen die heute darauf hindrängen, die Brotverforgung

und die Zwangsverwaltung des Getreides zu befeitigen. Es

ist: auch der Trost nichts, daß wir vom Ausland taufen könn-

ten. Wenn wir wirklich eine Ausfuhr im Lauf des Winters

zustandbringen, dann wird der Ertrag dieser Ausfuhr von

unseren Feinden in erster Reihe für die Kriegsentwöhnung

in Anspruch genommen, nicht aber für die deutsche Brotver-

forgung freizumachen werden.

Minister Dietrich war früher in gewissem Sinne Gegner

der Zwangsverwaltung, wenigstens der übertriebenen, seit

seit vielen Jahren für ein Getreidemonopol eingetre-

ten. Es ist klar, daß, wenn die Bauern durch ihren Wider-

stand den Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft verhin-

den, wir schlimme Zustände zu gewärtigen haben. Man wird

denjenigen beizugehen entgegenwirken müssen.

Badischer Handelstag. Unter dem Vorsitz des Geh. Kommer-

zienrat Engelhard fand am 30. August 1919 in Konstanz eine Prä-

sidialkonferenz des Badischen Handelstages statt. Als Vertreter

der Regierung nahmen an den Verhandlungen Landeskommissar

Geheimrat Dr. Wiener und Regierungsrat Harbeck teil. Vom

Landesgewerbeamt war Geh. Oberregierungsrat Dr. Cron er-

schienen. Bei der Verhandlung der Frage der Abänderung des

Handelskammergesetzes (Berichterhalter: der Geschäftsführer

des Badischen Handelstages, Dr. Klaußner) herrschte Einstim-

migkeit darüber, daß sich die Abänderungen zunächst auf das

allernotwendigste beschränken müßten, weil unsere Gesetzgebung

bereits wesentlich wichtigere Aufgaben zu erfüllen habe. Es ge-

genüge, wenn dem Wünsche der Regierung entsprechend, den we-

sentlichen Anhängern von Firmen, sowie den Teherberinnen offener

Handelsgesellschaften usw. auch das direkte Wahlrecht zugesandt

werde. Außerdem wären einige kleinere Abänderungen vorzu-

nehmen, die den Wünschen einiger beteiligten Kreise u. a. den Pro-

pheten entsprechen. — Regierungsrat Harbeck vom Ministerium

des Innern Karlsruhe macht Mitteilungen über die trostlosen Ver-

hältnisse unserer Schifffahrt und über den beabsichtigten Wie-

deraufbau unserer Handelsflotte. Wegen Beteiligung

der badischen Industrie und unerer einheimischen Handels an die-

sen Arbeiten sollen demnächst weitere Beratungen gepflogen werden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landesstheater.

Eröffnungsvorstellung der Spielzeit 1919/20: „Der Freischütz“.

Wie vor einem Jahre, verpricht auch diesmal wieder ein

prächtiger Speisestück ganz besonders künstlerische Genüsse für die

besuchende Spielzeit. Wir sind zufrieden, wenn die Hälfte

dessen, was auf dem künstlerisch-stilistisch recht ansprechenden Platz

steht, verwirklicht wird, nur vernünftiger wie die Ankündigung von

Volksoperstellungen; wir wollen annehmen, daß das zu

den Selbstverständlichkeiten gehört, ebenso wie wir eine Auf-

führung des „Nibelungenrings“ erwarten, der nicht vermerkt ist.

Den Schönheitsfehler „Richard Strauß-Loche“ hätten wir billig

hergeben. Der Mann hat an Karlsruhe schon viel zu viel

verdient!

Die Eröffnung mit Webers „Freischütz“ zeigte, daß es noch

künstlerische Tradition gibt. Nicht so! Mit der Neuaufmachung

dieses ewig schönen Werkes hat sich das Landesstheater ein nicht

genug zu schändendes Verdienst erworben. Allerdings, — für die

„Sturm“ zu sehr in den Ohren! Wenn aber das wahrhaft Schöne

noch etwas gut, dann wird eine Aufführung des „Freischütz“ kein

ein Festtag sein. — Der Orchesterraum ist wieder vergrößert.

Der „Karlshaus“ beginnt, sich Platz zu machen. Aber bis dort dürfen

Wirhmann führt dann noch an, daß unsere sozialdemo-

krischen Vereine zusammen jetzt 40 700 Mitglieder aufweisen,

daß wir den Landesvorstand reformieren und zwei neue Par-

teiblätter gründen und schließlich wie folgt: Mit dieser Konsta-

lierung und Bestimmung scheint mir erwiesen, daß das politi-

sche, wirtschaftliche und kulturelle Leben Badens ohne die posi-

tive Mitarbeit der Sozialdemokratie nicht mehr existenz-

fähig ist. Grund genug für die bürgerlichen Parteien, dieser

Entwicklung nicht gleichgültig oder gar ablehnend gegen-

überzutreten.

Minister Dietrich für die Zwangsverwaltung.

In einem Artikel in der „Bad. Landeszeitung“ tritt

Minister Dietrich lebhaft für die Beibehaltung der Zwangs-

verwaltung beim Brotgetreide ein. Er knüpft an an die An-

zeichen, daß die Zwangsverwaltung, wie sie der Krieg brachte,

zusammenzubrechen droht und wir am Rande des Zusam-

menbruchs der Zwangsverwaltung stehen, da die Bauern sich

immer mehr weigern, der Vorkriegsverpflichtung nachzukommen,

auch beim Getreide.

Im übrigen aber macht sich der Schleichhandel mehr

und mehr auch auf dem Gebiete des Brotgetreides bemerkbar,

Aus der Partei.

Vortwärts in Mannheim!

st. Während bei Ausbruch des Krieges der Mitgliederstand

in Mannheim im Juli 1914 der höchste war, ist derselbe in-

zwischen übergriffen worden. Am deutlichsten kommt die Ent-

wicklung der Parteiorganisation in der Zahl der verkauften Bei-

tragsmarken zum Ausdruck. Während der sog. Verein für den

ehemaligen 11. Reichstagswahlkreis Mannheim-Schwetzingen

Beimheim im 3. Quartal 1918 19 189 männliche und 6011 we-

ibliche Beiträge umsetzte, liegt die Zahl der verkauften Beiträge

im 4. Quartal 1918 auf 43 414 für männliche und 14 413 für we-

ibliche Mitglieder. Am 1. Quartal 1919 ist der Beitragsmarken-

umsatz auf 88 448 männliche und 22 196 weibliche gestiegen. Im

2. Quartal 1919 vom 1. April bis 30. Juni erhöhte sich die Zahl

der abgesetzten Beiträge auf 114 026 für männliche und 26 199

weibliche Mitglieder. Im 3. Quartal 1919, wo erstmals das glän-

zende Agitationsergebnis der roten Woche vom März 1914 mit

fast 2% tausend Neuaufnahmen zum Ausdruck kam, wurden am

männliche Mitglieder 101 442 und 13 386 weibliche Mitglieder

abgesetzt. Dieses erfreuliche Ergebnis wurde erzielt unter den

ungünstigsten Verhältnissen, in welchen sich die Partei jemals be-

Kommunalpolitik.

Von der Lebensmittel- und Wohnungsnot.

1. Eitenheim, 8. Sept. Der Stadt war vor einiger Zeit vom Kommunalverband amerikanisches Fett überwiesen worden. Erst auf Drängen der Versorgungsberechtigten wurde das Fett endlich verteilt. Die Verteilung geschah dann unter Gesichtspunkten, die nicht auf einer gerechten und sozialen Grundlage aufgebaut sind. Die Versorgungsberechtigten erhielten nämlich 600 Gr. und die Selbstversorger 400 Gr. auf den Kopf. Die Gründe, warum die Verteilung in diesem Verhältnis vorgenommen wurde, sind unbekannt. Die Stadtverwaltung — Lebensmittelamt — glaubte vielleicht, daß die Selbstversorger, die größtenteils aus „Einheimischen“ bestehen, nachdem ihre leistungsfähigen durch Hausflachtungen, aus Produktion und gewonnenen Fettvorräten aufgezehrt sind, in jeder Weise gegenüber den Versorgungsberechtigten weiter bevorzugt werden müssen, damit sie nicht die Not kennen lernen. — Auch die Mehlfraße läßt sie nicht die Not kennen lernen. — Auch die Mehlfraße läßt sie nicht die Not kennen lernen. — Auch die Mehlfraße läßt sie nicht die Not kennen lernen.

Auch in der Wohnungsfrage scheint die Stadtverwaltung nicht auf der Höhe zu sein. Jedenfalls hat sich die Stadtverwaltung mit den neuesten Verordnungen des Arbeitsministeriums, wonach die Zahl der Wohnräume nur um 1 die Kopfzahl der Familie übersteigen darf, noch nicht befaßt gemacht, sonst könnte es nicht vorkommen, daß Wohnungssuchende, trotz eifrigen Suchens ohne Wohnung bleiben, während einzelne aus 3-4 Köpfen bestehende Familien und alleinstehende Damen ganze Häuser mit abgeteilten Wohnungen allein bewohnen. Es wäre wohl angebracht, daß der hiesigen Stadtverwaltung, die sich der heutigen schweren und ersten Lage offenbar noch nicht bewußt ist, von den Staatsbehörden Hilfestellung unter die Arme gegriffen werde.

*** Pforzheim, 9. Sept.** Die hiesige U.S.R. und die kommunalistische Partei beschließen gestern eine Kundendemonstration hier zu veranstalten. Durch Anschlag und Flugblätter wurde dazu aufgerufen. Es fanden sich dann auf dem Marktplatz einige hundert Personen ein. Verschiedene Redner hielten aufreizende Ansprachen, in denen die sofortige Befreiung der wegen der Lebensmittelversorgung angehaltenen Beamten verlangt wurde. Die Versammlung verlief in Ruhe und Ordnung.

1. Emmendingen, 7. Sept. Die Kostenfrage greift bereits auf das Gebiet der Gesundheitspflege über. Das hiesige Volkshaus mußte wegen Kostenmangel vorläufig bis auf weiteres geschlossen werden.

Manstadt 5. Schwödingen, 8. Sept. Das in letzter Zeit zur Ausgabe gelangte fast ungenießbare Brot gab auch hier Anlass zu einer Protestversammlung, in welcher Landtagsabg. Rahn-Schwödingen dafür eintrat, daß schlechtes gebackenes Mehl den Kommunalverbänden zurückgestellt sei. Nach einer längeren Debatte wurde eine Entschädigung angenommen, in der verlangt wird, daß endlich genießbares Brot herausgegeben wird.

Kirchheim 5. Heidelberg, 7. Sept. Im Bürgerausschuß wurde die Eingemündung Kirchheims mit Heidelberg auf 1. Januar 1920 mit 40 gegen 18 Stimmen angenommen.

Mannheim, 7. Sept. Die Direktion der städt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke teilt mit, daß unser derzeitiger Stollenbestand wieder beinahe knapp ist, wenn in den nächsten Tagen keine Stollenbefestigung erfolgt, mit einer erheblichen Gas-Sperre gerechnet werden muß.

Weinheim, 4. Sept. In einer öffentlichen, vom Gemeinderat einberufenen Versammlung erläuterte Stadtrat V. Freudenberg und Architekt Schulz Bericht über ein Siedlungsprojekt von 200 Doppelhäusern an der Landstraße von Mannheim nach Weinheim zwischen hier und Biernheim. Das neue Gartendorf soll drei Kilometer von hier entfernt liegen. Staat und Gemeinde sollen finanzielle Beiträge leisten.

Säckingen, 7. Sept. Die Erstellung von Wohnwohnungen wird den Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Man will sich vorerst mit Baracken befassen.

Singen, 7. Sept. Die Dorferfahrung der hiesigen Einwohnerchaft erfolgt gegenwärtig. Es wurden etwa 150 000 Stück Dorf von der hiesigen Bevölkerung gewünscht, doch nicht alle können die bestellten Mengen erhalten.

1. Wetzlar, 7. Sept. Der Gemeinderat hat den Beschluß gefaßt, gegen Hausbesitzer und Wohnungsinhaber, die ihre überflüssigen Wohnräume zur Linderung der Wohnungsnot nicht gutwillig zur Verfügung stellen wollen, namentlich mit den stärksten Zwangsmahnahmen vorzugehen.

Unabhängige Freundschaften. Der Verein städt. Beamten in Pforzheim hat den Stadtrat ersucht, Strafentwurf gegen den Stadtrat Barthel (M. S.) wegen Verleumdung zu stellen. Barthel hat in einer Volksversammlung gesagt: „Auf dem Rathaus ist von oben bis unten, bis auf einen kleinen Teil der Beamten, alles morsch und faul, wie ein preussischer Kommissar!“

Gemeindebebauungsbewegung. Am 13. und 14. September hält der Verband badischer Gemeindebebauung in der „Krone“ in Pforzheim seine 10. ordentliche Landesversammlung ab. Am 13. September besprechen die Delegierten die Änderung und Ergänzung der Satzungen, ferner soll die Genehmigung des Vertrags über die gemeinsame Zeitschrift erfolgen. Die ordentliche Landesversammlung wird am 14. September vormittags im „Mappen“ stattfinden; den Tätigkeitsbericht erstattet der Verbandsvorsitzende Kaufmann-Dornberg. Ueber den Zentralverband der Gemeindebebauung wird Oberrechnungsrat Weiler-Karlsruhe berichten.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Spindel!

Die gelben Angestelltenorganisationen, denen das Wachsen der freigewerkschaftlichen Bewegung unter den Angestellten ein Dorn im Auge ist, bemühen Mittel, um ihren moralischen Zusammenbruch aufzuhalten, die an Putzmanns Zeiten erinnern. Spindel werden in die Versammlungen der freien Gewerkschaften gesandt, um dort ihr schmutziges Handwerk auszuüben. Dem Zentralverband der Handlungsgehilfen ist es gelungen, zwei dieser Spindel, die Angestellten des Kaufmännischen Vereins von 1858 sind, abzufassen. Diese beiden Spindel namens Reich Rettig und D. Dingmann erwarben im Mitgliedschaft beim Zentralverband unter falscher Angabe und haben ihre Tätigkeit darin gesehen, ihren Auftraggebern tendenziös geschnittene Berichte zu liefern, die sich jetzt im Besitze des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen befinden. — Charakteristisch ist, daß ähnliche Berichte, wie sie von den Spindeln dem H.S.R. Verein geliefert worden sind, sich auch in Händen von Arbeitgebern befinden und es liegt die Vermutung nahe, daß diese Kreaturen ihre Tätigkeit auch im Auftrag von Unternehmern verrichten. Wenn die Gelblinge glauben sollten, durch solche Machinationen

dem Zentralverband der Handlungsgehilfen Mitglieder abzugeben zu können, so werden sie sich sehr täuschen. Im Gegenteil! Die Angestellten werden in immer größerer Zahl dem Verband der weiblichen Angestellten, des H.S.R., des Leipziger Verbandes, des Vereins der deutschen Kaufleute und wie diese Gewerkschaften, den Rücken kehren, und dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen beitreten. Unsere Genossen in den Betrieben sollten es im allerersten Interesse nicht unterlassen, auf die Notwendigkeit der freigewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Angestellten bei den bürgerlichen Verbänden ihre Kündigung bis zum 30. September per eingeschriebenen Brief vollzogen haben müssen, da sie sonst noch ein Jahr Zwangsmittel dieser Verbände des Angestelltenberrats bleiben müssen.

Ein halbes Hunderttausend überschritten

hat auch die Mitgliederzahl im Verband der Gastwirte-gehilfen! Die berechnete Genugtuung der Verbandstätigkeit über dieses Resultat wird man erst recht verstehen, wenn man weiß, daß der Verband vor dem Kriege etwas über 16 000 Mitglieder zählte und während des Krieges auf 3000 zurückgegangen war. — Von den Schwerekräften, welche der organisatorischen Erfolge der gastwirtschaftlichen Angestellten früher entgegenstanden, seien hier nur in Erinnerung gebracht: hohes Einkommen weniger Beobachter und ungeheure Arbeitslosigkeit der großen Massen, ebenso überlange Arbeitszeit abwechselnd mit Arbeitslosigkeit und ganz erbärmliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse für das Hilfspersonal! Mit andern Worten: die Angestellten standen teils über, teils unter der Waage, welche für organisatorische Erfolge die geeignete ist! Auch das ist nun also anders geworden, in der Hauptsache durch die Einführung des Achtstundentages, der logischerweise den Kampf um die Befestigung des Lohnsystems auslösen mußte! Daß der Verband der Gastwirtegehilfen auch darin beachtenswerte Resultate erzielt hat, ist bekannt und es darf wohl behauptet werden, daß infolge dieser Erfolge auch der Zustrom an Mitgliedern einsetzte, der übrigens noch anhält.

Arbeiterferien. Die gesamte Arbeiterschaft der Firma Wallh und Glaser in Säckingen tritt einen vierstägigen Urlaub gemäß einer Vereinbarung der zentralen Kommission der deutschen Textilindustrie (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation) an. Die Löhne für die Urlaubstage werden von der Firma voll vorausbezahlt.

Streik der Postausheber. In Bochum sind die Postausheber und Ausheferinnen in den Streik getreten. Veranlassung ist die Nichtberücksichtigung des Ausschusses bei der Ausgestaltung der Anstellungsbefehle.

Der Streik der Buchhandlungsgehilfen in Leipzig. In dem Streik der Leipziger Buchhandlungsgehilfen hat der Demobilisierungskommissar von Leipzig den Streik in Sachen der Tariffrage für rechtsverbindlich erklärt, wonach die Gehälter um 40 Prozent erhöht werden sollen. Gegen diese Entscheidung hat die Vereinigung der Buchhändlerbestimmten aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen protestiert und erklärt, daß sie die Entscheidung der ordentlichen Gerichte in den Einzelfällen beabsichtigen werde. Der Streik dauert jedoch an, trotzdem die Gehilfen die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hatten.

Der badische Parteitag

hat den Ruf zur Sammlung aller auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Volksgenossen erneut erhoben. **Siein in die Organisationen! Nicht minder notwendige ist:**

Abonniert die Parteipresse!
Genossen! Agitiert unermüdet für den „Volkstfreund“!

Täglich dient er dem Kampfe um der politischen Aufklärung. Die Abonnementziffern des Parteiorgans sind noch immer der beste Gradmesser für die Güte und Stärke der Arbeiterbewegung gewesen.

Ohne eine gut verbreitete Arbeiterpresse sind die Aufgaben nicht zu erfüllen, denen wir unsere Kraft widmen müssen.

Die Parteimitglieder und die Parteiver-eine müssen im Monat September mit Eifer und Geschick die Agitation für den

„Volkstfreund“

betreiben. Der Erfolg wird der Lohn für alle Bemühungen sein.

Wo immer Parteimitglieder mit Klassengenossen zusammen kommen, sollte für die Parteipresse geworben werden.

Der „Volkstfreund“ in jedem Haus!
Der „Volkstfreund“ in jeder Arbeiterfamilie!

Aus dem Lande.

Durlach. Aus der Gemeindeversammlung vom 4. September. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von einem Schreiben des Gemeinderats von Aue wegen der Eingemeindungssache; der Gemeinderat stellt der Frage nicht absolut abgeneigt gegenüber, und beschließt, dem Gemeinderat von Aue zu erlauben hierzu die nötigen Unterlagen hinsichtlich der Vermögens- und wirtschaftlichen Verhältnisse von Aue zu befragen.

Der Antrag des Kandidaten Wilhelm Schmitt auf Bestätigung der Kommission zum Weimerauf in seinem Ruffe wird abgelehnt. — Zur Verlegung des Generalkommunions, bestehend aus dem Direktor des Gymnasiums, sowie dem Herrn Dr. Birnmeier und dem Gemeinderat Weber, mit dem Generalkommando verhandelt hat, mit dem Erfolg, daß das Generalkommando die für den ordentlichen Schulbetrieb im Gymnasium nötigen Räume frei macht. — Der Antrag des Fußballclubs Germania wegen eines Zuschusses von 4000 M zur Herstellung eines Spielplatzes wird zurückgestellt. — Einer Anfrage des Ministeriums wegen einer Renovation betr. einer seinerzeitigen Kommunalisierung der Ainos, stellt der Gemeinderat sympathisch gegenüber, und beschließt, dem Ministerium in diesem Sinne zu antworten. — Auch ein Schreiben des Gemeinderats an den Stadtrat Karlsruhe wegen der Herausgabe der Materialien, die auf Grund des früheren Vertrags, der zwischen der Stadt Durlach und Karlsruhe abgeschlossen war, nach die Stadt Karlsruhe, die Erstellung des Strammes in hiesiger Stadt übernommen hat, angefordert wurden, teilt der Stadtrat Karlsruhe mit, daß er die Herausgabe der Materialien ablehne. Da nunmehr der Vertrag an den Staat übergegangen ist, beschließt der Gemeinderat, der Oberdirektion von diesem Schreiben Kenntnis zu geben. — Die Ratshausfraktion der U.S.R. hat an den Gemeinderat verschiedene Anträge gestellt, die verlangen, daß in die Kommission für Landwirtschaft, sowie in die der Badwirtschaft, als auch in die der Gewerbe- und Handelsschule und in die für Kriegsunterstützung, je ein Mitglied ihrer Fraktion berufen wird. Der Gemeinderat beschließt, da die landwirtschaftliche Kommission nur aus Landwirten besteht, und nicht aus Parteien zusammengesetzt ist, und ferner, daß eine Kommission für die Badwirtschaft überhaupt nicht besteht, indem der Bad dem Forstamt, und einem Waldmeister nebst einem Gemeinderat als Nezipient verwaltet wird, und die Kommission für die Gewerbe- und Handelsschule nach dem gesetzlichen Bestimmungen zusammengesetzt ist, und ferner die Kriegsunterstützungskommission gleich der landwirtschaftlichen nicht nach Parteien zusammengesetzt ist, der U.S.R. Ratshausfraktion mitzuteilen, daß der von ihr gestellten Anträge nicht statgegeben werden kann. — Weiter beschließt der Gemeinderat, daß mit den Besitzern im Mietverhältnis alle Vierteljahre abgewechselt werden soll.

Ettlingen. Aus dem Gemeinderat. Die Wasser- und Straßenbauverwaltung beabsichtigt im kommenden Jahre die Landstraßenbrücken: Durlacherstraße von der Herz Jesu-Kirche bis zum neuen Reichshof, Albrücke beim Rathaus, Poststraße vom „Erbringen“ bis zur Villa Haug, Rheinstraße vom „Erbringen“ bis zum Staatsbahnhof, teeren zu lassen und beschließt der Gemeinderat, den hierbei auf die Gemeinde entfallenden Kostenanteil zu übernehmen. — Die Gemeinderat überträgt die Erd-, Maurer- und Betonarbeiten für die Holzgasanlage im Gaswerk hier dem Maurermeister Bed hier zu seinem Angebot. — Der Gemeinderat setzt die Gebühren für Benützung des Drapparats im städt. Gaswerk in nachstehender Weise fest: Gemüse, Fleischware 4 M., Äpfel und Birnen 7 M., Pflaumen und Zwetschgen 10 M., Firsche 8 M., Nüssen und dergl. 5 M. für je 100 Kilogramm. — Die Kleinverkaufspreise für Teer werden vom 1. September ab, bis ab bis zu 100 Kilogramm auf 25 M., von 101-1000 Kilogramm auf 24 M., von über 1001 Kilogramm auf 23 M. für 1 Kilogramm festgesetzt. — Der Kleinverkaufspreis für 1 Zentner Holzspalten wird bestimmt: Sorte I (gegabelt) 25 M., Sorte II (Gries) 15 M. — Von den bayerischen Kraftwerken in München, sowie von der Firma Weurin, Ruffstein-Gruben und Traßmühlen in Amdernach am Rhein ist je 1 Wagon Traß zum Angebot zu beziehen. — Die Lieferung von grauem Schiefer zur Eindeckung des Lagerstappens am Holzfuß wird dem Karl Streckfuß in Freiburg zu seinem Angebot übertragen. — Der Gemeinderat beschließt, entsprechend dem Antrag des Rebvereins mit Rücksicht auf die bevorstehende Traubenreife den Rebberg sofort zu schließen.

Nastatt. Die Schulpflicht. Die Schulpflichterklärung für den Amtsgerichtsbezirk Nastatt gibt bekannt, daß sie beschließen hat, einen Zuschlag von 50 % auf den vom Landesprälaten genehmigten Tarif mit Wirkung vom 1. September zu erheben. Da die Schulpflichter noch anhaltend im Preise steigen, kann mit einem weiteren Aufschlag gerechnet werden.

1. Freie Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr findet im Gasthaus „Zum Anker“ Unterhaltungsabend statt.

Baden-Baden. Baden-Badener Woche. Vom 14. bis 20. September finden in Baden-Baden eine Reihe von mannigfaltigen, interessanten Veranstaltungen statt, die in eine Baden-Badener Woche zusammengefaßt werden. Am Sonntag wird diese Woche mit Eschwilien verbunden mit Trapezturnen am fliegenden Flugzeuge, eröffnet, veranstaltet vom Sport-Club Baden-Baden E. V. Am Montag folgt ein Tanzabend von Hannelore Fiegler, für den Arthur Niksch als Dirigent gewonnen ist. Am gleichen Tag eröffnet der Sport-Club Baden-Baden E. V. eine siebenstägige Lawn-Tennis-Tournee, zu dem zahlreiche, namhafte Spieler ihre Beteiligung zugesagt haben. Am Dienstag beginnt im Palais Stourzga die Welt-Mode-Schau. Am Donnerstag findet ein Concerlonzert statt, das Arthur Niksch leiten wird. Ihren Abschluß erhalten die Veranstaltungen mit einem Tanzturnier, das am Freitag, den 19. und Samstag, den 20. September abgehalten wird. Anmeldungen für das Tanzturnier sind an die Intendant der Städtischen Kurverwaltung zu richten. Berufstätiger können an dem Turnier nicht teilnehmen. Außerdem finden in der fraglichen Zeit eine Reihe anderer sportlicher Veranstaltungen wie Hockey-Spiele, Fußballwettkämpfe usw. statt. Des Weiteren wird das Programm durch ein Preisaus-schreiben für Amateur-Photographen, Vortragsabende der Stadt, Schauspiele und Konzerte des städt. Orchesters bereichert. (Wit verweisen auf die heutige Anzeige.)

Offenburg. Kriegsaushebung. Die am 3. September stattgefundene Sitzung des Kriegsaushebungsausschusses für Verbraucherinteressen beschloß laut „Offenburger Zeitung“, den Stadtrat zu ersuchen, den Herren Oberbürgermeister und zwei Stadträte zum Ministerium zu schicken und dort die traurige Lage der hiesigen Bevölkerung bezüglich der Milchversorgung zu schildern und darauf hinzuwirken, daß die Stadt Offenburg einige weitere Milchlieferungs-gemeinden zugewiesen bekommt. Ferner soll das Ministerium das hiesige Bezirksamt anweisen, endlich scharf gegen säumige Aufkäufer vorzugehen, wenn nötig durch Entziehung der Milch- und Dölkcheine und durch Enteignung des Brotgetreides. Dem Bezirksamt wird der Vorwurf gemacht, in Frage Milchversorgung der Stadt ganz und gar vernachlässigt zu haben. Gemeinden, die 100 Liter täglich abliefern sollen, liefern nichts oder nur ganz minimal ab, 3-6 und 18 Liter, eine Gemeinde mit 400 (vierhundert) Milchkrühen täglich 42 Liter. Da gehört u. U. allerdings scharf zugegriffen, aber von der Zuweisung weiterer Lieferungs-gemeinden allein ist auch nicht viel zu hoffen.

1. Pforzheim, 8. Sept. Die deutsche Turnerschaft hat am Sonntag hier ein Turnfest abgehalten. Das ist sicher kein so weltgeschichtliches Ereignis, daß wir viele Worte darüber verlieren wollen. Das Programm hat uns aber beiläufig: Sonntag, 7. September 5.30 Ubr. Festgottesdienst, 11 Uhr Gottesdienst für Schüler usw. Wenn die hiesigen Sozialdemokraten die Kirche vom Sina trennen wollen, das ist nicht so schlimm; aber wenn sie die Kirche von der deutschen Turnerschaft trennen ...

Reutenburg bei Müllheim, 8. Sept. Nachdem der Bürgerausschuß das Objekt der Urbarmachung des Achenwäldes infolge der hohen Kosten abgelehnt hat, ist die Angelegenheit von der Stadt Reutenburg weiter verfolgt worden. Letzter Tage wollte Arbeitsminister Nidert in Reutenburg und sprach sich zugunsten der Urbarmachung aus. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Realisierung des Projekts weiter verfolgt und das gewonnene Land zu Siedlungszwecken verwendet wird.

* Bräunlingen bei Donaueschingen, 8. Sept. Letzte Woche brach in der Straubischen Holzwerkfabrik Feuer aus, dem in kurzer Zeit das ganze Fabrikgebäude mit sämtlicher fertiger Ware zum Opfer fiel. Das Feuer entzündete sich in der Nähe des Heizungsraums auf bis jetzt noch nicht geklärt Weise. Der Gesamtschaden wird auf über 100 000 M. geschätzt.

* Minshheim bei Eitenheim, 8. Sept. Letzte Woche wurde das Oefonomiegebäude des Landwirts Josef Köbele hier durch Feuer vollständig zerstört, wobei sämtliche Getreide- und Heuworräte zerstört wurden. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 80 000 M. Brandstiftung wird vermutet.

* Heilbronn, 7. Sept. Seit beinahe drei Wochen ruht der Feilen- und Schlepperverkehr auf dem Neckar wegen Niedrigwassers. Heute wird aus Neckarsteinach nur noch eine Wasserhöhe von 50 gemeldet und Heilbronn meldet überhaupt nicht mehr den Wasserstand, da der ganze Schiffsverkehr ruht. Bald werden wieder die berühmten Hungersteine im Neckar zum Vorschein kommen, die der Volksglaube in früheren Zeitaltern mit Hungernöten in Verbindung brachte.

* Mannheim, 8. Sept. Die gestern vom Bund deutscher Frauen zur Verteilung der Gefangenen in den Kesseln einberufene Protestversammlung nahm eine Entschloßung an, worin feierlicher Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen durch die Regierung der Entente eingelegt wird.

* Mannheim, 9. Sept. Am Sonntag hat sich eine in den U-Quadranten wohnhafte 60 Jahre alte Schuhmacherweibchen, vermutlich aus Lebensüberdruß, infolge eines langjährigen Leidens in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet. Ein hier wohnhafter Privatmann stürzte dieser Tage die Treppe von der Waldparkstraße nach dem Badpark hinunter und zog sich dabei schwere Verletzungen zu, denen er erliegen ist.

* Norlingen, 8. Sept. Das Oefonomiegebäude der Familie Merklin-Anders stürzte zusammen und begrub drei Stück Vieh unter den Trümmern.

* Karlsruhe, 8. Sept. Am Samstag den 8. August trat hier eine Abteilung des Gesangsvereins „Vorwärts“ Karlsruhe in einer Stärke von 60 Personen ein, die ihre Perleisele dazu benötigten hier im Oberlande für die Arbeiterlängersache zu wirken. Es kam vorweg gesagt werden, daß dieser Zweck der Reise voll und ganz erreicht wurde. Schon der Sängerabend, zu dem der Gesangsverein „Vorwärts“ S i n g e n seine Gäste in das Gasthaus zum „Kreuz“ eingeladen hatte und bei dem abwechselnd die Karlsruher und die Singener Sänger und Sängerinnen ihre Weisen erklingen ließen, stand auf einer bemerkenswerten künstlerischen Höhe. Die Mächtigkeiten im „Kreuz“ erwiesen sich wieder einmal als viel zu klein, obwohl nur Mitglieder des Gesangsvereins und ihre Angehörigen Zutritt hatten.

Zu einem großen Tag für die Arbeiterlängersache geschloß sich dann das am anderen Tag, Sonntag, 31. August, im historischen Kongresssaal in Konstanz vom „Vorwärts“-Kongress veranstaltete Gesangsconcert, bei dem außer dem Gesangsverein „Vorwärts“-Konstanz (Männerchor und Gemischter Chor) die Karlsruher Sänger und der Gesangsverein „Vorwärts“-Singen (Männerchor, Frauenchor und Gemischter Chor) mitwirkten. Der große Saal war bis zur letzten Grenze der Erträglichkeit gefüllt. Wohl an 1800 Personen waren anwesend, die mit gespanntester Aufmerksamkeit den Vorträgen der Sänger und Sängerinnen lauschten und die trotz der Länge des Concerts — es dauerte von 2—8 Uhr — nicht wichen und nicht wankten, bis auch das letzte Lied gesungen war. Das beste Zeichen, daß die Darbietungen gut waren, und daß sie weit über das hinaus gingen, was für Arbeiterlängersache in der Gegend bisher zu leisten imstande waren. — Dieser überaus gute Verlauf der ersten großen Gesangsveranstaltung des Arbeiterlängerbundes im Oberlande muß für die Vereine im 6. Bezirk ein Ansporn sein mit nie ermüdendem Fleiß an ihrer Weiterbildung zu arbeiten, damit die Vereine des Oberlandes sich recht bald den großen Vereinen in den Städten ebenbürtig an die Seite stellen können. Den Karlsruher Sängern, die mit ihrem Besuch den eigentlichen Anstoß zu dem Concert gaben, sei für ihre Mitwirkung auch an dieser Stelle gedankt.

Mahnahmen zur Bekämpfung der Kohlennot. Letzten Freitag fand im Ministerium des Innern mit den Vertretern der Industrie, Handel und Gewerbe und der Städte eine Besprechung darüber statt, welche Mahnahmen zur Einschränkung des Verbrauchs an Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln zu treffen seien. Diese Bestimmungen wird das Ministerium des Innern gemeinschaftlich mit dem Arbeitsministerium demnächst erlassen. Auch soll eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission in das Kohlengebiet und die Eisenbahnwerkstätten geschickt werden, um sich über die Verhältnisse selbst zu unterrichten.

* Der Verkauf von Auslandsmehl. Wie die „Karlsruher Zeitung“ schreibt, ist an die Bezirksämter und städt. Kommunalverbände folgende Anweisung ergangen: Im Hinblick auf die nunmehr grundräßig geänderte Stellung der Reichsstellen, und da anzunehmen ist, daß durch die in Aussicht genommene Herabsetzung des Ausmaßes für inländisches Getreide die Gefahr der Vermischung aus- und inländischen Mehles wesentlich verringert wird, wollen wir davon absehen, unsere Anordnung vom 10. Mai 1919 aufrechtzuerhalten und ermächtigen daher die Kommunalverbände, den Verkauf ausländischen Mehles allgemein solchen Stellen zu übertragen, die sich vor dem Vertrieß mit dem Mehlverkauf befähigt haben; ein allgemeines Verkaufsrecht der Bürger darf nicht geschaffen werden. Die nähere Regelung bleibt den Kommunalverbänden überlassen.

* Ein Beitrag der Landesstellenstelle. Eine soeben erschienene Verordnung des Ministeriums des Innern über die Brennstoffversorgung bestimmt, daß der Landesstellenstelle zur Unterstützung in den ihren gesamten Geschäftskreis betreffenden Aufgaben ein Beitrag beigesteuert wird. Dieser Beitrag besteht aus je einem Vertreter des badiischen Landtags, des Landespräsidiums, der Städte der Städteordnung, des Verbandes der mittleren Städte Baden, der ländlichen Kommunalverbände, des Kohlenfontons, des Rhein. Braunoblenbritenvereins und des Kohlenkohlenhandels. Ferner gehören ihm an je ein Vertreter des Handwerks, der Landwirtschaft und je zwei Vertreter der Industrie, des Kohlenhandels und der Verbraucherkammer. Die Mitglieder werden abgesehen von denjenigen des Landtags, hierzu wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Emil Raier-Heidelberg noch in der letzten Landtags-sitzung bestimmt, vom Ministerium des Innern ernannt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 9. September. Gegen die Fortdauer der Zwangsbeziehung haben gestern nachmittag bei einer im Landtagsgebäude stattgefundenen Besprechung zwischen Regierung und Vertretern der Landwirtschaft einige Landwirte unter der Führung des Abg. Fischer-Weissenheim, des Gutspächters Gebhardt und des Gutspächters Loberer aus dem Elstal bei Freiburg Sturm Minister Gen. Remmele legte ihnen in eindringlichen Worten dar, welche schlimmen Folgen die Aufhebung der Zwangsbeziehung haben würde. Der vernünftige Teil der Landwirtschaft sah ein und auch die berufenen Vertreter der alten Bauernorganisationen legten sich den ersten Mahnungen Remmeles durchaus anhänglich.

Anders die Richter und Genossen. Ihnen sind die schiefen Höchstpreise noch nicht hoch genug; sie wollen vor allem höhere Getreidepreise. Wie die städtische Bevölkerung dabei leben würde, danach fragen sie nicht, und ob wir im nächsten Frühjahr noch Getreide im Lande haben, das ist ihnen auch gleichgültig. Deswegen schreien sie: Fort mit der Zwangswirtschaft, damit sie umso ungenierter die Preissteigerung für alle landwirtschaftlichen Produkte ins Werk setzen können. — Doch ihnen die badiische Regierung auf diesem Wege nicht folgen kann, das ist ganz selbstverständlich. Darüber hat auch gestern Minister Remmele keinen Zweifel gelassen.

Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkriegs.

Zu Ehren der im Weltkrieg gebliebenen Parteigenossen veranstaltet der Sozialdemokratische Verein am nächsten Sonntag vormittags 10 Uhr eine

Gedächtnisfeier

im großen Festsaal unter Mitwirkung des Musikvereins „Harmonie“ und des Arbeiter-Sänger-Orchesters, zu der Jedermann Zutritt hat. Die Gedächtnisrede wird der in Karlsruhe bereits bestens bekannte Piarre: Th. Stielz-Neunhufen halten.

Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um unsere Parteigenossen anzukommen, jetzt schon eifrig für den Besuch der Veranstaltung zu agitieren. Wir sind das unseren lieben Toten schuldig.

Damit Jedermann bequem Eintrittsorten (50 Pf.) wählen kann, sind überall in der Stadt folgende Vorverkaufsstellen errichtet:

- „Angehörig“, Schützenstraße, „Cefanten“, Kaiserstraße,
- „Georg Friedrich“, Ede Weg und Georg-Friedrichstraße,
- „Gemeinschaft“, Erbspringenstr., „Deutsche Eiche“, Augartenstraße 60, Fritz Töpfer, Bazarergeschäft, Müppurrerstr.,
- „Expedition“, Volkstempel, Luitpranzstraße, Volkstempelhandlung, Adlerstraße 16, Goldene Krone, Ede Amalien- und Dourplatzstraße, „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstraße 18, „Für Palmer“, Dasingstraße, „Sohlenwinkel“, Ede Moon- und Dürckstraße, Peter Mees, Schneiderartikelfabrik, Bürgerstraße,
- Richard Böhr, Kronenstr., „Restaurant Grünwald“, Ede Krieg- und Müppurrerstraße, „Stadt Karlsruhe“, Mühlburg, Kreisstraße, „Hirsch“, Mühlburg, Gardsstraße, Karlsruhe Hof, Daxlanden, Rudolf Baabe, Grimmsfeld, Dürmerbergstraße 15, G. John, Gartenwinkel, Astenweg, „Beierheimer Hof“, Beierheimer, Fr. Wörner, Mühlheim, Ernststraße 42, sowie in sämtlichen Gewerkschafts-Büros und im Arbeiter-Sekretariat, Wilhelmstraße 47, 2. Stock.

Aus der Stadtrats-Sitzung vom 4. September 1919.

Rau von Kleinwohnungen. Nachdem der Bürgerausschuß unterm 22. u. 23. M. die Mittel zum Bau von weiteren 20 Kleinwohnungen auf dem Domengelände zwischen Gottesauer- und Kriegstraße bewilligt hat, wird wegen der Erfüllung der Häuser ein Vertrag mit der Hausverleibungsgesellschaft Karlsruhe abgeschlossen, wie er bezüglich der Erbauung von 62 Häusern auf jenem Gelände bereits besteht.

Vorkaufvertrag. Die Gemeinde Weingarten (Amt Durlach) hat sich grundräßig bereit erklärt, der Stadt Karlsruhe das Recht zur Ausbeutung eines Torflagers auf ihrem Gelände bei Weingarten einzuräumen. Zunächst soll eine Fläche von 10 Morgen in Angriff genommen werden. Der Stadtrat beschloß, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, alsbald die hierfür nötigen Maschinen und sonstigen Einrichtungen mit einem Kostenaufwand von 80 000 M. anzuschaffen. Die Einrichtungen werden allerdings im laufenden Jahr nicht mehr soweit gefördert werden können, daß die Ausbeutung für den kommenden Winter wesentlichen Ausbeute für die nächsten Jahre zu rechnen.

Vom Roten Kreuz. Verwaltungsdirektor Franz Hoffmann beim städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt wird mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an mit der Leitung des städt. Röhrenamtes anstelle des von diesem Posten auf seinen Wunsch zurücktretenden Direktors Albert Brauchle betraut.

Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Es sei hiermit nochmals auf die morgen Mittwoch stattfindende Parteiverammlung hingewiesen, in welcher Genosse Schöpplin über das Thema „Revolution und das neue Deutschland“ vortragen wird. Im Anschluß hieran wird vom badischen Parteitag von Gen. Prull. Die Versammlung wird im Saale des „Cefanten“ (Kaiserstraße 42) abgehalten. Beginn punkt 8 Uhr.

Sozialdemokratische Partei Daxlanden. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr findet im „Karlsruher Hof“ Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Berichterstattung vom badischen Parteitag. Die Parteigenossen sind gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Müppurr. Der sozialdemokratische Verein rufft für morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, in den „Bürgerlichen Löwen“ seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Hauptversammlung. Es wird an alle Genossen und Genossinnen die dringende Mahnung gerichtet, diesem Ruf Folge zu leisten, da sehr wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind. Neben der Berichterstattung vom Parteitag steht der Uebertritt zu Karlsruhe auf der Tagesordnung. Ercheint also vollzählig!

Deffentliche Versammlung der Verkehrsvereinigten. Der Verband des deutschen Verkehrsvereinigten, Verwaltungsstelle Karlsruhe, veranstaltet am nächsten Donnerstag nachmittag eine öffentliche Versammlung für Arbeiter und Beamte, in welcher Abg. Dr. Kraus über „Arbeiter- und Beamtenrecht im neuen Staat“ vortragen wird. Näheres ist aus dem Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich.

Höchstpreise für Schlachtkörper und Schaffleisch. Die neuen Höchstpreise sind mit der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 4. September in gleicher Höhe und in gleicher Hinsichtung wie in Württemberg festgesetzt worden. Entsprechend der Erhöhung der Preise für Schlachtkörper mußten auch die Höchstpreise für Schaf- (Sammel-) Fleisch erhöht werden. Darnach stellt sich der Preis für ein Pfund Schaf- (Sammel-) Fleisch künftig auf 2,70 M., wozu in Städten mit 10 bis 20 000 Einwohnern noch ein Zuschlag bis höchstens 10 v. H., in Städten mit 20 bis 50 000 Einwohnern bis höchstens 15 v. H. und in Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern bis höchstens 20 v. H. kommen darf.

Schuhwarenpreise. Nach Aufhebung der Zwangsbeziehung Mitte August sind, wie die „Karlsruher Zeitung“ schreibt, die Preise für Schuhwaren sofort erheblich gestiegen. Das Landespräsidium weist daher darauf hin, daß die Händler Schuhwaren, die ihnen noch nach den bisherigen Vorschriften zugeteilt sind, aber auf denen ein Kleinverkaufspreis aufgestempelt ist, zu keinem höheren Preis als zu dem bisher gültigen Kleinverkaufspreis verkaufen dürfen. Ebenso dürfen Schuhmacher keinen höheren Preis, als den bisher gültigen berechnen, wenn sie Leber verwenden, das ihnen nach dem bisherigen Höchstpreis zugeteilt ist. Bei Zuzug der Händler hiergegen haben die Händler oder Schuhmacher-Zeitungsangelegenheiten wegen übermäßiger Preissteigerung zu vermeiden.

Zu Hans Thomas 80. Geburtstag. Zum 2. Oktober, dem 80. Geburtstag des Altmeisters Hans Thomas, wird Herr Dr. Anton, der unermüdbare Interpret vollstimmiger Kunst, im S. Braunischen Verlag, Karlsruhe, ein Büchlein erscheinen lassen, das den Freunden des Jubilars eine schöne Festgabe sein wird. Außer den Abbildungen von 20 Gemälden des Meisters, hat Hans Thomas selbst ein bisher noch un veröffentlichtes Bild beigefügt, das den Wert der Festgabe noch erhöht.

Kr. Ein neuer Schmuck des Stadtparkes: Die Kaiser-Anlage. In schöner Lage am Schwabensee gegenüber dem Lauterberg ist, in Uebereinstimmung mit der natürlichen Umgebung eine neue Marmorplastik zur Aufstellung gelangt, eine Pultengruppe mit Schwan, das Geschenk des Herrn Großkaufmanns Kaller. Am Sonntag vormittag hatten sich zu einer Besichtigung der neuen Anlage Mitglieder des hiesigen Stadtparlaments und einzelne Vertreter der Presse eingefunden. Auch Herr Kaller war anwesend, ebenso der Verfasser des Werkes, Herr Bürgermeister Dr. Pauli, wie auf den künstlerischen Wert der Anlage hin und betonte das große Verdienst, das sich der Stifter, Herr Kaller, durch diese Zuwendung erworben habe, ebenso gedachte er in rühmenden Worten des Wertes des Werkes, Herrn Stadtbaurats Best, des Herrn Stadtbaurats Wetzel, der die glückliche architektonische, und Herrn Stadtparkdirektors Scherer, der die gartenkünstlerische Lösung der Anlage zustande brachte. Aus den Worten leuchtete auch das Verbleiben des Herrn Stadtrats Los hervor, das er sich als Anreger zu diesem Werk erworben hat und dem man mit Recht den Namen: Vater des Stadtparkes geben könne. Herr Kaller dankte für die an ihn gerichteten Worte des Herrn Bürgermeisters und gab seiner Freude Ausdruck, die er dadurch empfinde, daß er in der Lage sei, der Einwohnerschaft in der Weise eine künstlerische Freude zu bereiten. Während der eingehenden Besichtigung kam einmütig die Meinung zum Ausdruck, daß mit der neuen Anlage der Garten eine wahre Verschönerung und Bereicherung erfahren habe.

Die Gefahren der Straße. Gestern nachmittag 1/2 Uhr wurde Ede Wilhelm- und Augartenstraße ein etwa drei Meter langer von einem Autofahrer der städt. Müllabfuhr überfahren und auf der Stelle getötet. Wie mitgeteilt wird, soll den Wagenlenker keine Schuld treffen, da der Meine Reifchen spielend in das Fußgängerhineingelaufen ist.

Kindsmord. Am Samstag vormittag wurde in der Anlage des Archipalastes die Leiche eines neugeborenen Kindes mütterlichen Geschlechts aufgefunden, die einige Tage alt, in Zeitungspapier eingewickelt und mit einem kleinen braunen Paketpapier zugedeckt war. Im den Hals der Leiche war eine weißelneine Schnur gefädelt. Die Kindsmutter ist noch unbekannt.

Lebensüberdruß. In der Nacht vom 6. zum 7. September verfuhrte in Karlsruhe eine Frau aus bis jetzt noch unbekanntem Gründen sich dadurch das Leben zu nehmen, daß sie die Gasbahnen ihrer Wohnung öffnete. Sie wurde mittelst Auto nach dem hiesigen Krankenhaus verbracht.

Stadtparkkonzerte. Heute Dienstag finden im Stadtpark Musikaufführungen des Orchestervereins Karlsruhe und am Mittwoch den 10. d. Mts. bei gutem Wetter ein Konzert des Reichswehr-Regt. 27. Inf. (S. d. Angezigen).

Colosseum. Das schon sehr reichhaltige und abwechslungsreiche Programm hat seit Samstag eine Erweiterung erfahren, die dem heiteren Teil der Darbietungen wesentlich zugute kommt. Willi Agosta bringt neben dem Ill und Widdinn, den er schon in so reichem Maße und unter so ungeheurer Beifall verpaßt, noch das „Leitende Gesellschaftsspiel“. Der Graf von Luxemburg zur Hofnung. Das Spiel bringt eine zwar harmlose aber recht kluge Sache das Publikum wird zum Mitwirken eingeladen, und macht auch von der Einladung Gebrauch. Stürmische Beifall ist jeweils der Erfolg der Veranstaltung. Das Gesamtprogramm erhält durch dieses Spiel eine rechte gute Bereicherung, seine Anziehungskraft dürfte dadurch noch erhöht werden.

Für die Kriegsgefangenen. Der Fußballklub Mühlburg F.V. hat ein Wettspiel zugunsten der heimkehrenden Kriegsgefangenen gegen den Verein für Ragenpiele Mannheim ausgetragen. Den Reinerlös von 600 Mark hat er der Rührge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt.

Fußballsport. Der Karlsruher Fußballverein hatte den Basler F.C. zu Gast und verlor mit 1:2 Toren. Union Stuttgart spielte in Weierheim, gemann mit 2:0 Toren. Das Auscheidungsspiel für die B-Klasse zwischen Germania Durlach und Weingarten spielte Karlsruhe endigte für letztere mit 2:1 Toren.

Letzte Nachrichten.

Eine Demonstration in Achern. Achern, 8. Sept. (Privattelegr.) Heute nachmittag fand dahier eine stark besuchte Versammlung der Arbeiterchaft statt, in der eine sofortige Befreiung der Robertmittelpersonen gefordert wurde. Die Teilnehmer zogen sodann vor das Bezirksamt und ließen durch eine Abordnung ihre Wünsche überreichen. Abwehnen von klaren Angriffen gegen behördliche Organe wie den Kommunalverband in der Versammlung selbst ist es zu besonderen Zwischenfällen nicht gekommen.

Die Verhältnisse im Ost. Berlin, 9. Sept. (Privattelegr.) Laut „Vorwärts“ werden überall in Ost-Preußen Protestversammlungen gegen die Ausweitung deutscher Arbeiterlager angeführt. Die Industriellen von Milchau und Gembeller sind für die allernächste Zeit größere Arbeitererklärungen an, wenn die Kohlenversorgung in sehr kurzer Frist nicht erheblich besser werde. Die noch vorhandenen Mengen an Kohlen aus der Zeit der deutschen Herrschaft sind nun zum größten Teil aufgebraucht.

Die Wohnungsmisere in Berlin. Berlin, 9. Sept. Der Oberbürgermeister von Berlin hat an den Staatsminister für Wohnungsweisen eine Drachung gerichtet, in der er mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Berliner Wohnungsmarktes fordert, eine Weisung an alle in Frage kommenden Reichs- und Staatsbehörden zu geben, die Kriegsgesellschaft, die Wohnungen gemietet haben, bis zum 1. Oktober zwangsweise in Kasernen, Baracken und Schlägen usw. provisorisch unterzubringen.

Waffenstillstand zwischen Polen und der Ukraine. Berlin, 9. Sept. (Privattelegr.) Nach der Deutschen Wg. Ztg. wurde zwischen Polen und der Ukraine ein 36-tägiger Waffenstillstand mit bläufiger Rüstungspflicht abgeschlossen.

Lebensmittelpreise in Breslau. Berlin, 8. Sept. Aus Breslau wird der Nationalzeitung berichtet: Die wachsende Erregung über die unerschönten Lebensmittelpreise hat seit den frühen Morgenstunden des heutigen Tages einen so bedrohlichen Charakter angenommen, daß die Polizei und der Sicherheitsdienst bei weitem nicht mehr ausreichen, um der Ausbreitung Herr zu werden.

Es kam heute vormittag in der inneren Stadt zu stillmütigen Zusammenstößen vor Lebensmittelgeschäften; dabei

Welt-Kino

Kaiserstrasse 133.

Heute und die folgenden Tage:

Verlorene Töchter

2. Teil

Opfer der Schmach

Kultur-Tragedie in 5 Akten.
Verfasst und inszeniert von William Kahn.

Mit Gesangs-Einlage:

Frühlingshosen. 6188

Karlsruhe, den 27. August 1919,
Bezirksamt,
Dr. Kahn.

Wir bringen die von dem Herrn Landeskommissär hier mit Erlaß vom 22. August 1919 Nr. 8396 für vollziehbar erklärte bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 29. Juli 1919 obgen. Betreffs zur öffentlichen Kenntnis.

Auf Grund des § 77 Gew.-Ord., § 20 der Kamin-Regelordnung vom 29. 11. 1887, §§ 113, 134 R. Str. G. B. ergibt für die Landgemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe unter Aufhebung der bez. pol. Vorschrift gleichen Betreffs vom 11. 7. 1895 und der diese Vorschrift abändernden bez. pol. Vorschrift vom 13. 4. 1918 folgende neue bezirkspolizeiliche Vorschrift.

§ 1.
Ofenlamine sind während der Ofenfeuerungszeit alle zwei Monate — Oktober, Dezember, Februar, April — zu reinigen.

Müdenlamine sind alle drei Monate zu reinigen. Wenn sie aber den Rauch von mehr als zwei Ofenröhren mitaufnehmen, sind dieselben während der Ofenfeuerungszeit alle zwei Monate — Oktober, Dezember, Februar, April — und außerdem im Juli zu reinigen.

Die Reinigung ist in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und vom 1. Oktober bis 1. April von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends vorzunehmen.

§ 2.
Der Kaminfeger hat für seine Verrichtungen folgende Taxen zu beanspruchen:

- I. Für das Reinigen der Kamine, ohne Unterschied, ob dieselben steigbare oder ruffische Kamine sind:
 - 1. für ein einstöckiges Kamin 30 S
 - 2. für ein zweistöckiges Kamin 45 S
 - 3. für ein dreistöckiges Kamin 60 S
 - 4. für ein vierstöckiges Kamin 75 S
 - 5. für ein fünfstöckiges Kamin 90 S
 - 6. für ein sechs- u. mehrstöckiges Kamin 1 M

Stellräume, Souterrains, halbstöckige (Kniestöcke) und Mansarden werden als Stodwerke betrachtet, auch wenn sie keine Feuerungen erhalten; Speicherräume ohne Mansardeneinbau gelten bis zum Kehlgebäl als Stodwerk.

Für die Untersuchung von Kaminen, welche nicht beantragt werden, ist dieselbe Gebühr zu bezahlen, wie für die Reinigung.

Wenn der Kaminfeger die Reinigung auf besonderes Verlangen des Hausbesizers öfter als in § 1 vorgeschrieben und außerhalb der gewöhnlichen Reinigungszeit vorzunehmen hat, ist er berechtigt, die doppelte Taxe zu fordern.

Der Lohn für die Reinigung der Fabrikamine einschließlich der etwa dazugehörigen Feuerzüge (Röhre) wird durch Uebereinkunft zwischen dem Eigentümer und Kaminfeger festgesetzt, wenn eine solche nicht zustande kommt, durch das Bezirksamt im Benehmen mit der Bezirksbauinspektion festgesetzt.

II. Für das Reinigen quergebender Rauchleitungen (Rachenzüge, Gurten und sonstige gemauerte Rauchleitungen) per Stück 10 S.

III. Für das Ausbrennen der Kamine:

- 1. bei einem einstöckigen Bau 1,30 M
- 2. bei einem zweistöckigen Bau 1,45 M
- 3. bei einem drei- u. vierstöck. Bau 1,60 M

Stellt der Hausbesitzer das Material zum Ausbrennen nicht selbst, so erhöht sich die Taxe um 80 S.

IV. Für die Untersuchung eines neuverbauten, bezugnehmenden Kamins (Kaminregelordnung § 18):

- 1. für ein einstöckiges Kamin 50 S
- 2. für ein zwei- und dreistöckiges Kamin 90 S
- 3. für ein vier- u. mehrstöckiges Kamin 1,35 M

und außerdem bei Befichtigung außerhalb des Wohnorts des Kaminfegers, wenn sie nicht gelegentlich von Kaminreinigungen im Orte der Befichtigung oder in den am Wege des Kaminfegers gelegenen Nachbarorten vorgenommen werden kann, eine Ganggebühr von je 50 S für den vollen Kilometer der Entfernung vom Wohnort des Kaminfegers zum Ort der Befichtigung. Werden mehrere Befichtigungen an einem Tag vorgenommen, so ist nur eine Ganggebühr von den Bauunternehmern gemeinsam zu entrichten. 6187 O. S. 238

Herren- und Damenhut-Fabrik

Alfred Seidel

Kaiser-Allee 23.

Umprassen von Herren-, Damen- und Kinder-Hüten nach neuesten Modellen.
Saubere Ausführung. — Schnelle Bedienung.

Soziald. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 10. ds. Mts., abends 8 Uhr im „Elefanten“ Kaiserstr. 42

Haupt-Versammlung.

1. Vortrag des Genossen G. Schöpslin, Redakteur des Volksfreund, Mitglied der D. R. V. über: „Revolution und neues Deutschland“.
 2. Bericht vom badischen Parteitag. Referent Genosse G. Prull.
 3. Wahl der Preiskommission.
- Wir erwarten zahlreichen Besuch. 6121
Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe

Freitag, 12. September, abends 7/8 Uhr, im Saale der Restauration „Zum Elefanten“, Kaiserstr. 42

Große Versammlung

- sämtlicher Arbeiter-Ausschussmitglieder der Stadt Karlsruhe.
- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die Betriebsräte.
Referent: Staatsrat W. Engler.
 2. Stellungnahme zum Abbau der Lebensmittelpreise und aller sonstigen Bedarfs-Artikel.
Referent: Bezirksrat G. Erb.
- Um zahlreiches Erscheinen eruchtet 6171
Die Kartell-Kommission.

Baden-Badener Woche

vom 14. September bis 21. September 1919

Veranstaltungen:

- 14. September: Schauflüge mit Trapezturnen am fliegenden Flugzeuge (veranstaltet vom Sport-Club Baden-Baden E. V.)
- 15. September: Tanzabend Hannelore Ziegler (Dirigent Arthur Nikisch)
- 16. September und folgende Tage: Tennis-Turnier (veranstaltet vom Sport-Club Baden-Baden E. V.) 6211
- 16. September: Eröffnung der Welt-Mode-Kunst-Schau Baden-Baden
- 18. September: Sonder-Konzert (Dirigent Arthur Nikisch)
- 19. und 20. September: Tanz-Turnier (Anmeldungen für das Tanz-Turnier sind an die Iptendanz der Stadt, Kurverwaltung zu richten. Berufstänzer sind ausgeschlossen).

Ausserdem: Preisausschreiben für Amateur-Photographen, Hockey- und Fussball-Wettspiele, Vorstellungen des städtischen Theaters, Konzerte des städtischen Orchesters usw. 6174

Stadtgarten.

Dienstag, den 9. September, abends 7-1/2 Uhr

Musik-Aufführungen

Orchester-Vereins Karlsruhe
Leitung: Herr Kapellmeister A. Krohne.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in der Glashalle statt.
Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 S Lustbarkeitssteuer.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter.
Mittwoch, den 10. Septbr., nachm. von 4-1/2 Uhr

Konzert

1. Bad. Reichswehr-Regts. 27.
Leitung: Obermusikmeister Bernhagen.
Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 S Lustbarkeitssteuer.

Badisches Landestheater.

Dienstag, den 9. September 1919.

Rigoletto.

Oper in 3 Akten von G. Verdi. 6209
Anfang 7 Uhr. Mk. 5.20. Ende gegen 1/10 Uhr.

Residenz-Automat

32 Karl-Friedrichstrasse 32.

Täglich Konzert.

Anfang 7 Uhr. 6165

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Daniels Konfektionshaus

Fernsprecher 1846
Wilhelmstrasse 34

Von der Einkaufsreise zurück

empfehle in grosser Auswahl zu billigsten Preisen
Herbst- und Winterpaletots, Ripsmäntel,
Kleider, Röcke, Blusen, Kindermäntel, Kinderkleider.
Gute Stoffe, flotte Formen. Reelle Bedienung. Keine Ladenspesen. 6129

Billiges Gelände für Kleingärten.

In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mässige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Siedende, Sofienstrasse 56, Telefon 545. 5454

Mühlburg.

Richard Horn
Damen- und Herrenfriseur
— Rheinstraße 45 —
Anerkannt beste Bedienung

Baararbeiten
Parfümerien
und Toiletteartikel.

Altmetalle,
Mätschen, Lumpen, Papier, Gläser, Fässer, Möbel, Kessel u. Eisenwerkzeug, läuft fortwährend zu hohen Preisen.

A. Kreis, Hauptstr. 27, Hinterhaus 3. St. 6227

Eisenbahner, Arbeiter und Beamte!

Donnerstag, den 11. September, nachmittags 1/4 Uhr, im Saale des „Apollo“ Marienstrasse

Große öffentliche Eisenbahner-Versammlung

Herr Abgeordneter Dr. Kraus spricht über das Thema:

„Arbeiterrecht und Beamtenrecht im neuen Staat.“

Arbeiter und Beamte erscheint in Massen! — Freie Aussprache. — 6199

Verband der deutschen Verkehrspersonals.



Sonntag, den 14. September 1919, findet in Durlach-Festhalle

Familien-Unterhaltung

mit Musik, Gesang, Theateraufführungen, humoristischen Vorträgen und Tanz statt.

Anfang nachmittags 3 Uhr.
Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder nebst deren Angehörigen freundlichst ein. 6198

Die Verwaltung.

Wirtschaft zur „Platane“.

Bekannt für gute Speisen, der Zeit entsprechend, Bier, hell und dunkel aus der Brauerei Pring, gute reine Weine, bürgerlichen 5932

Mittags- und Abendtisch

Kleines Nebenzimmer zu vergeben.
Herren zum Essen werden angenommen.
Es empfiehlt sich: Karl Kerner u. Frau.

Gasthaus z. Badischen Hof Weingarten.

Empfehle einem titl. Publikum sowie Gesellschaften und Vereinen meine Lokalitäten, bestehend in

Gastzimmer und schönem Saal

zur gefl. Benützung. 6209
Durch Verabreichung von guten Speisen, reinen Weinen und fr. Sinner Bier werde ich bestrebt sein, mir die Vereinerung und Empfehlung meiner werthen Gäste zu erwerben.
Hochachtungsvoll
Gustav Lautenschläger
Zum Badischen Hof.

Aluminium-Ebbestecke

bester Erfolg für Silber.
Tafelmesser M. 35.—, Dessertmesser 31.— (best. Solinget Stahl), Schöpflöffel 12.50, Gabel 12.50, Kaffeelöffel 9.50, Küchenlöffel 10.— (alles Dugend-Preise). Nur direkt gegen Nachnahme durch 5919z
Br. Geiser, Metall-Industrie, Kirchheim/Teck (Wtbg.) 96

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Donnerstag, 11. Sept., abends 7/8 Uhr:

Vertreter-Versammlung

im „Goldenen Adler“, Karl-Friedrichstrasse.
Tagesordnung:

1. Mitteilungen. 6180
2. Rapportbericht vom ersten und zweiten Quart.
3. Stellungnahme zur Verordnung betr. Entlassung von Arbeitern.
4. Entschädigung für Feierschichten bei Betriebsstörungen.
5. Wahl einer Kommission zur Durchführung des Bildungswesens.
6. Stellungnahme zu den bevorstehenden Tarifierhöhungen im Personen-, Güter- und Tierverkehr der badischen Staatseisenbahnen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Die Kartell-Kommission.

Gesundheit ist Reichtum

Bestellen Sie sofort die Broschüre

Der beste Schutz vor Geschlechtskrankheiten

Bringt dem Kranken Gesundheit und schützt den Gesunden. 5812z
Preis 2.50 Nachn.

Versandhaus Sanitas
Forst i. L. Abt. VL.